

**Bundesverband privater Anbieter
sozialer Dienste e.V.
(bpa)**

Stellungnahme zum

**Referentenentwurf
des Bundesministeriums des Innern und für Heimat und
des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

**eines Gesetzes zur Weiterentwicklung
der Fachkräfteeinwanderung**

Berlin, 7. März 2023

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung	3
2. Stellungnahme	4
2.1 Allgemeines	4
2.1.1 Positionen und Forderungen des bpa zur Fachkräftezuwanderung	4
2.1.2 Allgemeines zum Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung	6
2.2 Zu den Vorschriften im Einzelnen	9
2.2.1 Artikel 1 Nr. 7	9
2.2.2 Artikel 1 Nr. 9	11
2.2.3 Artikel 1 Nr. 10 c) und d)	13
2.2.4 Artikel 1 Nr. 13	14
2.2.5 Artikel 1 Nr. 27 a) und b)	15
2.2.6 Artikel 1 Nr. 30	16
2.2.7 Artikel 2 Nr. 2 b)	17
2.2.8 Artikel 2 Nr. 3 a)	18
2.2.9 Artikel 2 Nr. 6 a) bis g)	18
2.2.10 Artikel 2 Nr. 10 und 11	25
2.2.11 Artikel 2 Nr. 14 d) ff) und e) bb)	27
2.2.12 Artikel 2 Nr. 15	27
3. Anhang	31

1 Vorbemerkung

Der **Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa)** bildet mit mehr als 13.000 aktiven Mitgliedseinrichtungen die größte Interessenvertretung privater Anbieter sozialer Dienstleistungen in Deutschland. Einrichtungen der ambulanten und (teil-)stationären Pflege, der Behindertenhilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe in privater Trägerschaft sind systemrelevanter Teil der Daseinsvorsorge. Als gutes Beispiel für Public-private-Partnership tragen die Mitglieder des bpa die Verantwortung für rund 365.000 Arbeitsplätze und circa 27.000 Ausbildungsplätze. Die Investitionen in die pflegerische Infrastruktur liegen bei etwa 29 Milliarden Euro. Mit rund 6.200 Pflegediensten, die circa 280.000 Patienten betreuen, und 5.800 stationären Pflegeeinrichtungen mit etwa 350.000 Plätzen vertritt der bpa mehr als jede dritte Pflegeeinrichtung bundesweit. Vor diesem Hintergrund nimmt der bpa wie folgt Stellung.

2 Stellungnahme

2.1 Allgemeines

2.1.1 Positionen und Forderungen des bpa zur Fachkräftezuwanderung

Der Fachkräftemangel in Deutschland ist kein neues Phänomen. Branchen, wie die Pflegebranche sind schon seit Jahren mit dieser Entwicklung konfrontiert und Vertreter:innen der Pflegebranche weisen daher schon seit Jahren auf die Gefahren hin, die der deutschen Volkswirtschaft und Gesellschaft als Ganzes drohen, wenn sich der Fachkraftmangel auf alle Branchen ausdehnt. Gerade der Personalmangel in der Pflege zieht auch einen Personalmangel in anderen Branchen nach sich, denn Angehörige von Pflegebedürftigen werden durch familiäre Pflege gebunden und ihr damit verbundener zeitweiser Rückzug aus dem Erwerbsleben verschärft den Arbeitskräftemangel in allen Bereichen der Volkswirtschaft.

Der bpa als der mit Abstand größte Anbieterverband in der Pflegebranche setzt sich seit Jahren intensiv mit der Frage auseinander, wie man dem Fachkräftemangel in Deutschland wirksam entgegenreten kann. Der wichtigste Ansatzpunkt hierzu ist eine verstärkte Zuwanderung qualifizierter Menschen, die in Deutschland ihre berufliche und private Zukunft suchen. Andere Lösungsansätze, wie verbesserte Ausbildungsbedingungen, gezielte Vorbereitung junger Menschen auf den Arbeitsmarkt etc. werden allein nicht zum Erfolg führen, weil die Anzahl junger Menschen nicht ausreichen wird, um die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu decken. Zur dringend benötigten Zuwanderung qualifizierter Menschen hat der bpa verschiedene Positionen und Forderungen erarbeitet, die er zuletzt noch einmal in seinem Positionspapier „Zuwanderung in die Langzeitpflege stärken“ vom Februar 2023 zusammengefasst hat.

Die Bundesrepublik Deutschland muss **schnell, ausreichend**, entsprechend **einsetzbares und finanziertes sowie nachhaltig** zur Verfügung stehendes Arbeitskräftepotential aus dem Ausland für Beschäftigungsmöglichkeiten in Deutschland gewinnen. Für die deutsche Wirtschaft und insbesondere für die Pflegebranche heißt:

- **„schnell“**: eine Beschleunigung der Aufenthalts- und Anerkennungsverfahren mit einer klaren Priorisierung der Berufe, in denen für die Sicherung der Daseinsvorsorge dringend Kräfte benötigt werden.
- **„ausreichend“**: gesicherte Anwerbungs- und Qualifizierungsstrukturen im Ausland, Ausbau von Vermittlungsabsprachen für Pflegefachkräfte und Auszubildende in den Pflegeberufen.

- **„einsetzbar“**: Sprachkurse und Anpassungslehrgänge bereits im Herkunftsland, mit unverzüglicher standardisierter Anerkennung.
- **„finanziert“**: eine Refinanzierung der Investitionen für Anwerbung und Anerkennung sowie ein rechtlich klarer Einbezug in die Pflegevergütung, spezielle Fördermaßnahmen durch Bund/Länder zur finanziellen Unterstützung der entstehenden Aufwendungen.
- **„nachhaltig“**: Stärkung der Willkommenskultur, Integrationsarbeit, Attraktivität für den Arbeitsort Langzeitpflege in Deutschland.

Der bpa hat es indes nicht dabei belassen, abstrakte oder unbestimmte Forderungen an die Politik zu stellen, vielmehr hat der Verband auch konkrete Maßnahmen angedacht, mit denen diese Positionen und Forderungen umgesetzt werden können:

- Der bpa forderte erstmals 2001 die Einführung einer **CareCard** beziehungsweise einer **Greencard für Pflegekräfte, die eine Aufenthaltserlaubnis und eine Arbeitserlaubnis zugleich enthält** und einen unbürokratischen **Familiennachzug** ermöglicht.
- Die **Visastellen der Auslandsvertretungen in Ländern mit zuwanderungswilligen Fachkräften müssen personell deutlich und nachhaltig gestärkt werden**. Die Höchstwartezeit für ein Arbeitsvisum in der Pflege darf nicht mehr als zwei Monate betragen.
- **Gut integrierten Flüchtlinge mit einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz (in der Pflege aber auch in anderen Branchen) muss die Möglichkeit eines sogenannten Spurwechsels vom Asylverfahren in das reguläre Einwanderungsverfahren zur Beschäftigung gegeben werden**; allerdings ohne hierbei Fehlanreize zu setzen.
- Für berufsbezogene Sprachkurse, Sprachprüfungen und die Vorbereitung sowie Beratung zur Berufsanerkennung sollen Fachkräfte-Beratungsstellen (sog. **One-Stop-Anlaufstellen**) in Schwerpunktländern mit hohem Fachkräftepotenzial etabliert werden.
- **Die Anerkennungsverfahren für Gesundheitsberufe in Deutschland müssen drastisch vereinfacht werden. Insbesondere müssen die 16 unterschiedlichen Länderregelungen kurzfristig durch bundeseinheitliche und bereits vom Heimatland einschätzbare Anforderungen ersetzt werden**. Für die schnelle Anerkennung braucht es eine zentrale, personell ausreichend ausgestattete Anerkennungsstelle des Bundes, welche die Anerkennung der bundesrechtlich geregelten Gesundheits-

fachberufe übernimmt, entsprechendes Wissen bündelt und darüber eine einheitliche Rechtsanwendung gewährleistet.

- **Ausländische Pflegeausbildungen aus Staaten mit anerkanntem Bildungsniveau mit einer regulären Ausbildungsdauer/Vollzeit-Studium von drei Jahren oder länger müssen grundsätzlich als gleichwertig anerkannt werden.**
- Es muss sichergestellt werden, dass ausreichend und kostenlose Anpassungs- und Sprachkurse in Deutschland sowie in Schwerpunktländern zur Verfügung stehen.

2.1.2 Allgemeines zum Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

Der vorgelegte Gesetzentwurf und die damit verbundenen Änderungen im Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und in den entsprechenden Verordnungen sind als Anstoß oder erster Schritt durchaus geeignet, dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegenzuwirken. **Ein wirklich großer Wurf ist dieser Gesetzentwurf nach Ansicht des bpa nicht.**

Die Bundesregierung zeigt durch diese Gesetzentwürfe ein neues Bewusstsein dafür, dass die Fachkräftezuwanderung auf eine breitete Basis als bisher gestellt werden muss. Vor allem aber zeigt die Bundesregierung, dass man gewillt ist, zukünftig auch Fachkräfte aus Berufen nach Deutschland einzuladen, die keine Engpassberufe sind. Dieses Vorhaben begrüßt der bpa ausdrücklich, da sich immer mehr zeigt, dass auch Branchen, in denen schwerpunktmäßig Berufsträger:innen von Engpassberufen beschäftigt sind, auf Berufsträger:innen von Nicht-Engpassberufen angewiesen sind. Anders gesagt: auch die Gesundheits- und Pflegebranche wird ohne eine funktionierende Baubranche, Transportbranche, IT-Branche etc. nicht funktionieren – und umgekehrt.

Von daher ist es richtig, die Anwerbung von Fachkräften für grundsätzlich alle Fachkraftberufe und Branchen zu öffnen.

Ebenso begrüßt der bpa ausdrücklich die geplante **Entfristung der sog. Westbalkanregelung** und die angedachte Verdoppelung des damit verbundenen Kontingents.

Da der Fachkräftemangel in der Gesundheits- und Pflegebranche schon länger besteht, wurde in der Vergangenheit schon an verschiedenen Stellen versucht, Maßnahmen in die Wege zu leiten, um diesem durch Zuwanderung entgegen zu wirken (z.B. durch vereinfachte Zustimmungsregelungen für die

Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Beschäftigung von ausländischen Pflegekräften in Deutschland). Leider haben sich die bisher auf den Weg gebrachten Maßnahmen nie als wirklich bahnbrechend erwiesen, was nach Ansicht des bpa vor allem daran liegt, dass niemals das Zuwanderungsrecht als Ganzes auf den Prüfstand gestellt wurde, sondern weil bisher immer nur einzelne Stellschrauben des Zuwanderungsrechts neu justiert wurden. So ist es bis heute dabei geblieben, dass zuwanderungswillige Pflegefachkräfte sich nicht nur um ein Einreisevisum und einen Aufenthaltstitel kümmern müssen, sondern sie müssen auch fast ausnahmslos eine Zustimmung der BA zur Beschäftigung in Deutschland einholen und sich darüber hinaus um die Anerkennung der Gleichwertigkeit ihrer Berufsausbildung bemühen. **Solche bürokratischen Hürden sind absolut kontraproduktiv, wenn es darum geht, Pflegekräfte für ein Leben und Arbeiten in Deutschland zu gewinnen.**

Der bpa wirbt daher seit Jahren um einen Aufenthaltstitel für alle Zuwanderungswilligen mit Pflegeberufen, der sowohl die Erlaubnis zum Aufenthalt als auch die Erlaubnis zur Beschäftigung in Deutschland umfasst. Solch ein Aufenthaltstitel würde die Attraktivität Deutschlands als Zuwanderungsland deutlich steigern.

Aber genau solch ein großer Wurf ist dem vorliegenden Gesetz nicht zu entnehmen. Der vorliegende Gesetzentwurf schafft im Gegenteil noch weitere Aufenthaltstitel und macht das Zuwanderungsrecht dadurch noch ein Stück komplizierter. **Dem deutschen Arbeitsmarkt hätte es nach Ansicht des bpa gut getan, wenn erst einmal die Zuwanderungsbedingungen für die Branchen der Daseinsvorsorge und insbesondere für die Gesundheits- und Pflegebranche stark vereinfacht und ausgeweitet worden wären, bevor wenn mit einzelnen Mitteln versucht wird, die Zuwanderungsregelungen für alle Branchen ein Stück weit zu vereinfachen.** Anders gesagt: Um dem Pflegefachkräftemangel wirksam etwas entgegensetzen zu können und damit der gesamten Volkswirtschaft zu nutzen, sind zwingend Erleichterungen speziell für die Pflegebranche erforderlich.

Insgesamt sind die vorgelegten Referentenentwürfe zu dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung sowie zu der Verordnung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung daher nach Ansicht des bpa nicht geeignet, um dem dramatischen Fachkräftemangel in der Pflege entscheidend zu begegnen.

Die vorgelegten Referentenentwürfe zeigen nichts desto trotz einige vielversprechende Ansätze auf. Insbesondere ist es sinnvoll und wichtig, auch die Zuwanderung von Menschen mit einer Qualifikation unterhalb des Fachkräfteniveaus deutlich auszubauen und Aufenthalte für eine Ausbildung in den

Assistenzberufen stärker zu ermöglichen. Denn die Bedeutung der Assistenzkräfte wird in allen Sektoren der Pflege deutlich steigen. Um den Bedarf an Pflegekräften für die Langzeitpflege in Deutschland zu decken, sind aber weitere Maßnahmen notwendig.

Zwar erleichtern die Referentenentwürfe vielfach den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. So sieht der Entwurf zu dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräftezuwanderung in § 18g Abs. 2 AufenthG-E die Ausweitung der Blauen Karte EU auf nichtakademische Fachkräfte vor. Das bedeutet für viele eine bedeutsame Erleichterung, um auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland Fuß zu fassen. Allerdings profitiert die Pflegebranche aufgrund der Einengung der Blauen Karte EU auf bestimmte, nichtakademische Berufe nicht von der geplanten Neuregelung.

Auch die angestrebte Chancenkarte des § 20a AufenthG-E bietet eine erhebliche Erleichterung für Zuwanderungswillige, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen – zumindest scheint hiermit die Zuwanderungsbürokratie ein wenig beschränkt zu werden. Die bürokratischen Hürden, die eine Beschäftigung von Arbeitnehmer:innen, die sich noch nicht rechtmäßig in Deutschland aufhalten, mit sich bringt, sind langwierig und kompliziert. In der Regel dürfen Menschen aus Drittstaaten nur einreisen, wenn sie einen konkreten Arbeitsplatz in Aussicht haben. Parallel müssen gerade in der Pflegebranche Anerkennungsverfahren eingeleitet werden, Sprachkenntnisse sichergestellt werden etc. Das nimmt Zeit in Anspruch; oftmals so lange, dass Bewerber:innen zwischenzeitlich das Interesse verlieren. Der bpa begrüßt daher ausdrücklich, die geplante Neuregelung zu der Chancenkarte.

2.2 Zu den Vorschriften im Einzelnen

2.2.1 Artikel 1 Nr. 7 (§ 18g AufenthG-E – Blaue Karte EU)

§ 18g in seiner geplanten Fassung (§ 18g AufenthG-E) dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1883 über die Bedingungen der Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hoch qualifizierten Beschäftigung. Diese Richtlinie (RL) statuiert insgesamt die Blaue Karte EU als einen europaweit harmonisierten Aufenthaltstitel für hoch qualifizierte Beschäftigte. Dementsprechend ist es konsequent, wenn § 18g AufenthG-E grundsätzlich für akademisch gebildete Zuwanderungswillige gelten soll. **Allerdings bleibt § 18g AufenthG-E unnötiger Weise hinter dem zurück, was die RL (EU) 2021/1883 an Umsetzungsspielraum lässt.**

§ 18g Abs.1 AufenthG-E statuiert die Vergabe der Blauen Karte EU in folgenden Fällen:

- Vergabe der Blauen Karte EU an Träger:innen von akademischen Regelberufen, § 18g Abs. 1 Satz 1,
- Vergabe der Blauen Karte EU an Träger:innen von akademischen Engpassberufen, § 18g Abs. 1 Satz 2 Nr. 1,
- Vergabe der Blauen Karte EU an Berufsanfänger:innen in den ersten drei Jahren nach dem Abschluss des Hochschulstudiums, § 18g Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und
- Vergabe der Blauen Karte EU an Absolvent:innen tertiärer Bildungsprogramme, die einer hochschulischen Ausbildung vergleichbar sind, § 18g Abs. 1 Satz 5.
- Daneben eröffnet § 18g Abs. 2 auch nicht akademisch gebildeten Fachkräften die Möglichkeit zum Erhalt einer Blauen Karte EU, sofern diese insbesondere in den letzten sieben Jahren dreijährige Berufserfahrungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien erworben haben, die einer akademischen oder sonst vergleichbaren Ausbildung entsprechen.

Die Blaue Karte EU ist ein für Zuwanderungswillige besonders attraktiver Aufenthaltstitel, z.B. aufgrund der damit verbundenen Mobilität innerhalb der EU und der erleichterten Regelungen zum Familiennachzug. **Der bpa vertritt daher nachdrücklich die Auffassung, dass die Blaue Karte EU in Deutschland insbesondere auch für Träger:innen von Gesundheits- und Pflegeberufen zugänglich sein muss, um entscheidend dazu beizutragen, dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegenzuwirken.**

Der bpa begrüßt ferner ausdrücklich, dass der deutsche Gesetzgeber durch § 18g Abs. 1 Satz 5 AufenthG-E die Regelungen des Artikel 2 Nr. 8 der RL (EU) 2021/1883 umgesetzt hat, wonach auch Absolvent:innen **tertiärer Bildungsabschlüsse unter bestimmten Voraussetzungen mit akademisch gebildeten Fachkräften gleichgesetzt sind**, denn diese Regelung eröffnet die Blaue Karte EU zumindest dem Grunde nach auch für Pflegefachkräfte, die in ihren Heimatländern Berufsakademien oder andere Ausbildungseinrichtungen besucht haben. Hierbei dürfte es sich zwar um eine vergleichbar kleine Gruppe handeln, denn in den allermeisten Drittländern erfolgt die Pflegeausbildung in Bachelor- oder Master-Studiengängen, nichts desto trotz sollten auch Absolvent:innen von Berufsakademien die Chance auf eine Blaue Karte EU haben.

Allerdings hat der bpa zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Pflege wiederholt mutige Schritte des deutschen Gesetzgebers gefordert, um den Standort Deutschland gerade für Pflegefachkräfte attraktiver zu machen, wie z.B. eine Greencard oder CareCard speziell für Träger:innen von Pflegeberufen. Natürlich muss der bpa anerkennen, dass der deutsche Gesetzgeber bei der Umsetzung der RL (EU) 2021/1883 an die Vorgaben der Richtlinie gebunden ist. Umso mehr kommt es nach Ansicht des bpa darauf an, alle Spielräume, die die Richtlinie lässt, auszunutzen, um die Blaue Karte EU für Pflegefachkräfte zugänglich zu machen. **Dem bpa erschließt sich vor diesem Hintergrund nicht, weshalb der Gesetzgeber bei der Aufzählung der Engpassberufe in § 18g Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 AufenthG-E darauf verzichtet hat, die akademischen Pflegeberufe in diese Aufzählung einzubeziehen.** Gerade der erleichterte Zugang zur Blauen Karte EU für Engpassberufe ist aus Sicht des bpa notwendig, um dem schon beschriebenen Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen. Der jetzige Regelungsgehalt des § 18g Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 AufenthG-E wird zu keinerlei Erleichterung oder Beschleunigung für die Engpassberufe in der Pflege führen. **Während der ministeriellen Anhörung zum hier in Rede stehenden Gesetzentwurf wurde angekündigt, dass die Berufsgruppe 222 (akademische Kranken- und Geburtshilfefachkräfte) zwischenzeitlich in die Aufzählung in § 18g Abs. 1 Nr. 1 AufenthG-E aufgenommen worden seien.** Der bpa wird dies im weiteren Gesetzgebungsverfahren genau beobachten.

Der bpa fordert daher – sofern noch nicht geschehen –, dass die Gruppe 222 (Akademische und vergleichbare Krankenpflege- und Geburtshilfefachkräfte) der Empfehlung der Kommission vom 29. Oktober 2009 über die Verwendung der Internationalen Standardklassifikation der Berufe (ISCO-08) in die Aufzählung der Engpassberufe in § 18g Abs. 1 Satz 2

Nr. 1 AufenthG-E aufgenommen wird. § 18g Abs. 1 AufenthG-E sollte daher wie folgt gefasst werden:

(1) Einer Fachkraft mit akademischer Ausbildung wird ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit eine Blaue Karte EU zum Zweck einer ihrer Qualifikation angemessenen Beschäftigung erteilt, wenn sie ein Gehalt in Höhe von mindestens 56,6 Prozent der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung erhält und keiner der in § 19f Absatz 1 und 2 geregelten Ablehnungsgründe vorliegt. Fachkräften mit akademischer Ausbildung, die

- 1. einen Beruf ausüben, der zu den Gruppen 132, 133, 134, 21, 221, 222, 225, 226, 23 oder 25 nach der Empfehlung der Kommission vom 29. Oktober 2009 über die Verwendung der Internationalen Standardklassifikation der Berufe (ISCO-08) (ABl. L 292 vom 10.11.2009, S. 31) gehört, oder*
 - 2. den Hochschulabschluss nicht mehr als drei Jahre vor der Beantragung der Blauen Karte EU erworben haben,*
- wird die Blaue Karte EU abweichend von Satz 1 mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erteilt, wenn die Höhe des Gehalts mindestens 45,3 Prozent der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung beträgt.*

Siehe dazu den **gelb unterlegten Änderungsvorschlag in Artikel 1 Nr. 7** des Entwurfs, im Anhang an diese Stellungnahme.

2.2.2 Artikel 1 Nr. 9 (§ 18i AufenthG-E – Langfristige Mobilität für Inhaber einer Blauen Karte EU)

Die Regelung dient der Umsetzung des Artikel 21 RL (EU) 2021/1883. Grundgedanke der RL ist dabei, dass die Prüfung zur Ersterteilung einer Blauen Karte EU bereits im ersten EU-Mitgliedstaat erfolgt ist und daher im zweiten EU-Mitgliedstaat ein reduzierter Prüfungsumfang im Hinblick auf die Erteilungsvorschriften möglich ist. Damit soll die Mobilität innerhalb der EU mit der Blauen Karte EU einfacher werden.

Die RL sieht keinen Automatismus für innereuropäische Mobilität vor, vielmehr müssen Inhaber:innen einer Blauen Karte EU im neuen EU-Mitgliedstaat eine neue Blaue Karte EU beantragen und dafür – in Deutschland – die Voraussetzungen des § 18g AufenthG-E und insbesondere die Voraussetzungen des § 18 Abs. 2 AufenthG erfüllen. Anders gesagt müssen Inhaber:innen einer Blauen Karte EU beim Wechsel von einem EU-Mitgliedstaat in einen anderen eine neue Blaue Karte nach nationalem Recht beantragen und dabei die jeweiligen

Einreiseregulungen erfüllen, was in Deutschland insbesondere bedeutet, dass *„die Gleichwertigkeit der Qualifikation festgestellt wurde oder ein anerkannter ausländischer oder ein einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbarer ausländischer Hochschulabschluss vorliegt, soweit dies eine Voraussetzung für die Erteilung des Aufenthaltstitels ist“*, § 18 Abs. 2 Nr. 4 AufenthG. Von dieser Gleichwertigkeitsfeststellung befreit § 18i Abs. 1 Nr. 1 AufenthG-E allerdings nicht Personen, deren blaue Karten EU vor weniger als zwei Jahren in einem anderen EU-Mitgliedstaat ausgestellt worden sind.

Der bpa begrüßt die Regelung des § 18i AufenthG-E, da damit auch eine Mobilität von Pflegekräften aus Drittstaaten innerhalb der EU möglich wird, was dem Arbeitsmarkt in Deutschland – sofern dieser attraktive Bedingungen bietet – zugutekommen wird. Richtigerweise unterscheidet Artikel 21 Abs. 5 Buchst. a) der RL (EU) 2021/1883 im Hinblick auf die Gleichwertigkeitsfeststellung. Bei sog. reglementierten Berufen, also Berufen, die eine staatliche Berufstitelführung voraussetzen, wird automatisch angenommen, dass die Gleichwertigkeit von Berufs- und Hochschulabschlüssen, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat festgestellt wurde, auch in Deutschland Bestand haben muss. Bei sog. nichtreglementierten Berufen, erlaubt Artikel 21 Abs. 5 Buchst. a) der RL (EU) 2021/1883 den EU-Mitgliedstaaten, Umsetzungsgesetze zu erlassen, die eine erneute Gleichwertigkeitsprüfung fordern, wenn die Zuwanderungswilligen weniger als zwei Jahre in einem anderen EU-Mitgliedstaate gearbeitet haben. Der deutsche Gesetzgeber hat von dieser Regelungsmöglichkeit in § 18i Abs. 1 Nr. 1 AufenthG-E Gebrauch gemacht, allerdings ohne festzuschreiben, dass diese Regelung nur für nichtreglementierte Berufe gilt. **Obwohl Pflegeberufe, also „reglementierte Berufe“, nicht unter § 18i Abs. 1 Nr. 1 AufenthG-E fallen können, spricht sich der bpa für eine Streichung dieser Regelung aus, um auch Trägern von nichtreglementierten Berufen eine Erleichterung bei einem Zuzug aus einem anderen EU-Mitgliedstaat nach Deutschland zu ermöglichen,** denn die Fortgeltung einer einmal erteilten Gleichwertigkeitsfeststellung ist ein Kernbestandteil einer innereuropäischen Mobilität, die unbedingt gewahrt sein muss, um positive Effekte auf den Arbeitsmarkt in Deutschland entfalten zu können.

Der bpa spricht sich also insgesamt dafür aus, die Befreiungswirkung in § 18i Abs. 1 AufenthG-E in seiner geplanten Fassung unbegrenzt zu gewährleisten, also auf die Einschränkungen der Nr. 1 und 2 zu verzichten, um die innereuropäische Mobilität von Zuwanderungswilligen nicht unnötig zu erschweren und fordert daher die Streichung von § 18i Abs. 1 Nr. 1 und 2 AufenthG-E. § 18i Abs. 1 AufenthG sollte daher wie folgt gefasst werden:

(1) Einem Ausländer, der eine gültige Blaue Karte EU besitzt, die von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union erteilt wurde und mit der er sich seit mindestens zwölf Monaten rechtmäßig in diesem Mitgliedstaat der Europäischen Union aufhält, wird eine Blaue Karte EU nach § 18g erteilt, wenn die Voraussetzungen nach § 18g vorliegen. Die Voraussetzung nach § 18 Absatz 2 Nummer 4 gilt als erfüllt.

Siehe dazu den **gelb unterlegten Änderungsvorschlag** in Artikel 1 Nr. 9 des Entwurfs, im Anhang an diese Stellungnahme.

2.2.3 Artikel 1 Nr. 10 c) und d) (§ 19f Abs. 2 und 3 AufenthG-E – Ablehnungsgründe bei Aufenthaltstiteln nach §§. 16b, 16c, 16e, 16f, 17, 18d, 18e, 18f, 18g und 19e)

Abs. 2 Nummer 1 des § 19f AufenthG-E dient der Umsetzung von Artikel 3 Abs. 2 Buchstabe a) der RL (EU) 2021/1883. Danach ist der Antrag eines oder einer Zuwanderungswilligen auf Erteilung einer Blauen Karte EU abzulehnen, wenn diese Person einen Antrag auf Zuerkennung internationalen Schutzes gestellt hat, über den noch nicht abschließend entschieden worden ist.

Der bpa hat sich seit jeher dafür eingesetzt, dass gut integrierte Menschen, die Anträge auf Zuerkennung internationalen Schutzes gestellt haben, die Möglichkeit eines sog. *Spurwechsels* zwischen einem Leben außerhalb ihrer Heimatstaaten als Geflüchtete und als Beschäftigte mit Aufenthaltserlaubnis zur Ergreifung und Ausübung einer Tätigkeit haben müssen. Nach Überzeugung des bpa kann die Bundesrepublik Deutschland auf solche Menschen, die leistungs- und arbeitsbereit sind, nicht verzichten; dies gilt insbesondere für die Pflege- und Gesundheitsbranche.

Natürlich verkennt der bpa nicht, dass die hier in Rede stehende Regelung der Umsetzung einer EU-Richtlinie dient, die wenig Spielraum bei der Umsetzung ins nationale Recht setzt, sodass dem deutschen Gesetzgeber hier die Hände weitgehend gebunden sind.

Dies gilt aber nicht für die Neuregelung in § 19f Abs. 3 Nr. 1 AufenthG-E, wonach auch andere Aufenthaltstitel nicht an Ausländer:innen vergeben werden dürfen, wenn diese in einem anderen Mitgliedstaat der europäischen Union Anträge auf Zuerkennung internationalen Schutzes gestellt haben, über die noch nicht entschieden wurde oder in anderen EU-Mitgliedstaaten internationalen Schutz genießen. Diese Neuregelung fußt nicht auf der Umsetzung der o.g. EU-Richtlinie, sodass der deutsche Gesetzgeber bei diesen Regelungen uneingeschränkt handeln kann.

Vom Spurwechsel profitieren alle. Qualifizierte Geflüchtete oder Geflüchtete, die geeignet und qualifikationswillig sind, erhalten eine berufliche Perspektive und eine hervorragende Möglichkeit zur Integration. Die deutsche Gesellschaft gewinnt, weil dringend benötigte Arbeitskräfte bleiben können und arbeitswillige Menschen nicht zur Untätigkeit verdammt werden. Es kommt nicht darauf an, ob ein Spurwechsel mit der Blauen Karte EU vereinbar ist. Es kommt darauf an, ob die Bundesregierung sich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf grundsätzlich zum Spurwechsel bekennt. Auch unabhängig von der Blauen Karte EU gibt es aufenthaltsrechtliche Regelungsmöglichkeiten, um einen Spurwechsel zu ermöglichen. Der bpa fordert die Bundesregierung auf, sich klar dazu zu bekennen und die entsprechenden Regelungen noch in den Gesetzentwurf aufzunehmen.

Der bpa fordert daher die Streichung von § 19f Abs. 3 Nr. 1 AufenthG-E und schlägt daher folgende Formulierung vor:

(3) Eine Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 16b, 16e, 17 Absatz 2, den §§ 18d und 19e wird über die in Absatz 1 genannten Ausschlussgründe hinaus nicht erteilt an Ausländer, die eine Blaue Karte EU nach § 18g oder einen Aufenthaltstitel, der durch einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union auf Grundlage der Richtlinie (EU) 2021/1883 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2021 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hoch qualifizierten Beschäftigung und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/50/EG des Rates (ABl. L 282 vom 28.10.2021, S. 1) erteilt wurde, besitzen. Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18d wird darüber hinaus nicht erteilt, wenn die Forschungstätigkeit Bestandteil eines Promotionsstudiums als Vollzeitstudienprogramm ist.

Siehe dazu den gelb **unterlegten Änderungsvorschlag in Artikel 1 Nr. 10 d)** des Entwurfs, im Anhang an diese Stellungnahme.

2.2.4 Artikel 1 Nr. 13 (§ 29 AufenthG-E – Familiennachzug zu Ausländern)

Der geplante § 29 Abs. 1 Satz 2 AufenthG-E privilegiert Familienangehörige von Inhaber:innen Blauer Karten EU beim Familiennachzug. Dabei geht es einerseits um Familienmitglieder, deren Angehörige schon in anderen EU-Staaten Inhaber:innen einer blauen Karte EU waren. Solch Familienmitglieder können ohne Visumverfahren direkt nach Deutschland einreisen. Andererseits sind solche Familienmitglieder von verschiedenen Antragsvoraussetzungen

befreit, z.B. vom Nachweis ausreichenden Wohnraums und ausreichender Lebensunterhaltsicherung.

Der bpa begrüßt diese Privilegierungen ausdrücklich, da er sich seit Jahren für einen vereinfachten Familiennachzug nach Deutschland einsetzt, um das Arbeiten in Deutschland für die dringend benötigten Fachkräfte aus Drittstaaten attraktiver zu machen. Nach Ansicht des bpa sollten solche Erleichterungen beim Familiennachzug nach Deutschland eher die Regel als die Ausnahme für Inhaber:innen Blauer Karten EU sein. Wenn es der Bundesregierung ernst damit ist, den Fachkräftezufluss nach Deutschland zu fördern, dann wird sie nicht umhin kommen, solche Privilegien für den Familiennachzug auch für Inhaber:innen anderer Aufenthaltstitel zu statuieren. Der bpa fordert daher die gleichen Familienzuzugsprivilegien mindestens auch für Inhaber:innen der Aufenthaltstitel nach §§ 16a, 16b, 16d, 17, 18a und 18b AufenthG. In § 29 Abs. 1 AufenthG sollte folgender Satz 2 aufgenommen werden:

Satz 1 Nummer 2, § 5 Absatz 1 Nummer 1 mit Ausnahme des Bestehens ausreichenden Krankenversicherungsschutzes sowie § 27 Absatz 3 Satz 1 finden keine Anwendung, wenn

1. *der Familiennachzug zu einem Inhaber einer Blauen Karte EU erfolgen soll,*
2. *der Inhaber der Blauen Karte EU unmittelbar vor der Erteilung der Blauen Karte EU im Besitz einer Blauen Karte EU war, die ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellt hat und*
3. *die familiäre Lebensgemeinschaft bereits in dem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union bestand.*

Satz 1 Nummer 2, § 5 Absatz 1 Nummer 1 mit Ausnahme des Bestehens ausreichenden Krankenversicherungsschutzes sowie § 27 Absatz 3 Satz 1 finden darüber hinaus keine Anwendung, wenn der Familiennachzug zu einem Inhaber eines Aufenthaltstitels nach §§ 16a, 16b, 16d, 17, 18a und 18b erfolgen soll.

Siehe dazu den gelb unterlegten Änderungsvorschlag in Artikel 1 Nr. 13 des Entwurfs, im Anhang an diese Stellungnahme.

2.2.5 Artikel 1 Nr. 27 a) und b) (§ 81 Abs. 6, 6a AufenthG-E – Beantragung des Aufenthaltstitels)

Ebenso begrüßt der bpa die sachliche und zeitliche Koppelung des Antrags und der Entscheidung über die Vergabe einer Blauen Karte EU und über den Familiennachzug von Antragsteller:innen. Auch hier gilt:

sollte es der Bundesregierung ernst damit sein, die Fachkräftezuwanderung nach Deutschland auszubauen, wird eine solche Koppelung auch bei Zuwanderungswilligen notwendig sein, die andere Aufenthaltstitel für Fachkräfte oder Auszubildende beantragen.

2.2.6 Artikel 1 Nr. 30 (§ 91f AufenthG-E – Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie (EU) 2021/1883)

§ 91f AufenthG-E dient der Umsetzung von Artikel 28 der RL (EU) 2021/1883 und erhebt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur nationalen Kontaktstelle für Fragen der Blauen Karte EU. Dazu enthält § 91f AufenthG-E detaillierte Regelungen, welche Daten das BAMF zukünftig mit anderen nationalen Kontaktstellen in den anderen EU-Mitgliedstaaten austauschen soll sowie darüber, inwieweit sich das BAMF mit den einzelnen Ausländerbehörden in Deutschland auszutauschen hat.

Die Bundesregierung hatte in ihrem Eckpunktepapier zur Fachkräfteemigration (Bundestags-Drucksache 20/4978) unter anderem angekündigt, die Bundesländer dabei unterstützen zu wollen, die länderspezifischen Kompetenzen bei der Berufsanerkennung von Zuwanderungswilligen zu bündeln und ggf. dabei länderübergreifende Behörde zu schaffen. Ein solches Vorhaben hat der bpa von Anfang an gefordert und daher auch das hier genannte Vorhaben der Bundesregierung ausdrücklich unterstützt. **Aktuell befindet sich die Bundesregierung nach Ansicht des bpa in einem Dilemma, einerseits europarechtliche Vorgaben für die Errichtung einer nationalen Kontaktstelle für aufenthaltsrechtliche Fragen umsetzen zu müssen und andererseits in Deutschland nicht die Gesetzgebungskompetenz zur Etablierung deutschlandweiter einheitlicher Strukturen im Bereich der Berufsanerkennung zu haben.**

Die von der Bundesregierung geplante Etablierung einer nationalen Kontaktstelle darf nach Ansicht des bpa nur ein erster Schritt in eine richtige Richtung sein. Die Bundesregierung muss die Vorgaben der RL (EU) 2021/1883 nutzen, um sich mit den Ländern schnellstmöglich in einen Austausch zu darüber zu begeben, wie man die nationale Kontaktstelle als Beispiel für eine intensivisierte Zusammenarbeit der Länder im Bereich der Berufsanerkennung nutzen kann, damit die Länder ihrerseits die Bereitschaft aufbringen können, die verschiedenen Verwaltungsstrukturen auf Landesebene möglichst deutschlandweit zusammenzuführen.

2.2.7 Artikel 2 Nr. 2 b) (§ 4a Abs. 4 AufenthG-E – Zugang zur Erwerbstätigkeit)

Die angedachte Änderung in § 4a Absatz 4 AufenthG-E ist ein Teil der Umsetzung des Eckpunktepapiers der Bundesregierung zur Fachkräfteeinwanderung (Bundestags-Drucksache 20/4978), in dem die Bundesregierung angekündigt hatte, zukünftig auch **sog. Kontingentlösungen** umsetzen zu wollen. Dementsprechend ist § 4a Abs. 4 AufenthG-E nicht die Schwerpunktregelung zu den angedachten Kontingentregelungen, diese sind vielmehr in § 15d BeschV detailliert geregelt und § 4a Abs. 4 AufenthG-E dient nur der aufenthaltsrechtlichen Flankierung dieser angedachten Maßnahmen.

Der bpa wird daher ausführlich zu § 15d BeschV in der angedachten Fassung Stellung nehmen und an dieser Stelle nur einige allgemeine Hinweise machen.

Kontingentregelungen – die ausdrücklich nicht mit Saisonregelungen vergleichbar sein sollten – bieten sich ausdrücklich an, um weniger qualifizierten Zuwanderungswilligen die Möglichkeit zur Zuwanderung und Beschäftigung in weniger qualifizierten Tätigkeiten zu ermöglichen. Gleichzeitig bieten Kontingentlösungen auch die Möglichkeit, den davon profitierenden Personen die Chance zu geben, sich aus den weniger qualifizierten Tätigkeiten heraus zu entwickeln und perspektivisch qualifizierten Tätigkeiten in Deutschland nachzugehen.

Konkret bedeutet das für die Pflegebranche, dass gerade Kontingentregelungen die Möglichkeiten eröffnen, z.B. Pflegehilfskräfte für Hilfskrafttätigkeiten nach Deutschland zu holen und darüber hinaus bestimmten Personen aus diesem Kreis die Möglichkeit zu geben, sich in Deutschland zu Pflegefachkräften aus- oder weiterbilden zu lassen. Dafür ist es aber unbedingt erforderlich, Zuwanderungswilligen, die im Rahmen von Kontingentlösungen nach Deutschland kommen, die Möglichkeit zu geben, deutlich länger als die angedachten 90 Tage in Deutschland zu arbeiten und ihnen darüber hinaus die Möglichkeit zu geben, kurz oder mittelfristig einen anderen Aufenthaltstitel (z.B. zur Berufsausbildung) zu erhalten.

Mehr noch: angesichts der anstehenden Entwicklungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt muss sich der Gesetzgeber vor Augen führen, dass eng befristete Kontingentregelungen keine Zukunft haben. In vielen Dienstleistungsbereichen, in denen über Kontingentregelungen eher weniger qualifizierte Zuwanderungswillige nach Deutschland kommen, wird man erkennen müssen, dass für deren Arbeiten deutlich mehr Bedarf besteht, als dass dafür 90 Tage ausreichen werden.

2.2.8 Artikel 2 Nr. 3 a) (§ 16a Abs. 1 AufenthG-E - Berufsausbildung; berufliche Weiterbildung)

Mit den angedachten Änderungen in § 16a Abs. 1 AufenthG-E wird einerseits ermöglicht, auch während der Berufsausbildung einen Wechsel in einen anderen Aufenthaltstitel vorzunehmen, zu dem der oder die Ausländer:in die Erteilungsvoraussetzungen erfüllt (eine Ausnahme gilt bei Beschäftigungen nach § 19c Absatz 1 AufenthG).

Andererseits wird die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 9 während der Berufsausbildung ausgeschlossen. Dieser Ausschluss begründet sich darin, dass durch die umfangreiche Streichung von Zweckwechselverboten durch Voraufenthalte die erforderlichen Erteilungsvoraussetzungen für eine Niederlassungserlaubnis vor Abschluss einer Berufsausbildung erreicht werden können.

Der bpa begrüßt diese flexibilisierende Regelung ausdrücklich.

2.2.9 Artikel 2 Nr. 6 a) bis g) (§ 16d AufenthG-E – Maßnahmen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen)

§ 16d AufenthG-E soll grundsätzlich geändert werden.

In **§ 16d Abs. 1 AufenthG-E** soll die Dauer der Aufenthaltserlaubnis auf grundsätzlich 24 Monate mit der Möglichkeit der Verlängerung auf drei Jahre festgelegt werden. Damit soll der Erkenntnis Rechnung getragen werden, dass Anerkennungsverfahren in den reglementierten Berufen (insbesondere in den Gesundheitsberufen) oftmals länger als zwei Jahre dauern. Gleichzeitig soll dadurch ein Gleichlauf mit den Regelungen in § 16d Abs. 4 erreicht werden, wonach in den Fällen, in denen die Zuwanderung in Zusammenarbeit mit den Bundesagenturen für Arbeit erfolgt, eine Aufenthaltsdauer bis zu drei Jahren möglich ist.

Der bpa hatte in der Vergangenheit wiederholt betont, dass sich Berufsanerkennungsverfahren deutlich verkürzen ließen, wenn in den Drittstaaten bereits wichtige Maßnahmen zur Sprachenbildung und Berufsanerkennung angeboten werden. Dazu gehören nach Ansicht des bpa z.B. sog. **One-Stop-Anlaufstellen in Drittstaaten**, in denen z.B. bereits Sprachkurse angeboten und vorbereitende Schritte für das Berufsanerkennungsverfahren in Deutschland unternommen werden können. Dies alles würde nicht nur die Zeit der Berufsanerkennungsverfahren deutlich verkürzen, sondern auch die

zuständigen Behörden in Deutschland spürbar entlasten. **Darüber hinaus steht der bpa nach wie vor ausdrücklich dafür, dass die Berufsanerkennungsverfahren in den Bundesländern vereinheitlicht werden, besser noch, dass es ein bundesweit gültiges Berufsanerkennungsverfahren geben muss, für das eine zentrale bundesweite Stelle zuständig sein muss. Und darüber hinaus fordert der bpa, dass es für Pflegeausbildungen aus Staaten mit einer regulären Ausbildungsdauer/Vollzeit-Studium von drei Jahren oder länger eine grundsätzliche Berufsanerkennung geben muss (Kompetenzvermutung).** Dies alles würde lange Berufsanerkennungsverfahren überflüssig machen.

Die in **§ 16d Abs. 3 AufenthG-E** vorgesehene Befristung von zwei Jahren für die Durchführung des Anerkennungsverfahrens wird auf drei Jahre erhöht. Auch hier gilt, was bereits zu § 16d Abs. 1 AufenthG-E gesagt wurde: **mit den richtigen Schritten zum Auf- und Ausbau einer Infrastruktur zur Aus- und Weiterbildung in den Drittstaaten, vor allem aber mit verschlankten Berufsanerkennungsverfahren und Kompetenzvermutungen in Deutschland wären längere Anerkennungsfristen ggf. gar nicht notwendig.**

§ 16d Abs. 3a AufenthG-E schafft darüber hinaus einen **neuen Aufenthaltstitel**, der der Zielrichtung der sog. Erfahrungssäule im Eckpunktepapier der Bundesregierung Rechnung trägt. Die Rede ist von der **sog. Anerkennungspartnerschaft**, bei der vor Titelerteilung kein Anerkennungsverfahren erforderlich ist. Die Erteilung dieses Aufenthaltstitels ist dementsprechend von mehreren Voraussetzungen abhängig:

- Die Zuwanderungswilligen verfügen bei der Einreise nach Deutschland über eine im Ausland erworbene Berufsqualifikation, der eine mindestens zweijährige Ausbildungszeit vorausgegangen ist, oder über einen staatlich anerkannten Hochschulabschluss.
- Es liegt ein konkretes Arbeitsplatzangebot für eine qualifizierte Beschäftigung vor.
- Zwischen dem/der Zuwanderungswilligen und dem deutschen Arbeitgeber besteht zusätzlich eine Vereinbarung, wonach sich der/die Zuwanderungswillige verpflichtet, spätestens nach Einreise ein Verfahren zur beruflichen Anerkennung einzuleiten und sich der Arbeitgeber verpflichtet, dem/der Zuwanderungswilligen neben der Beschäftigung die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen zu ermöglichen.
- Der Arbeitgeber ist für eine Ausbildung bzw. Nachqualifizierung geeignet.
- Der/die Zuwanderungswillige verfügt bei der Einreise über die notwendigen Sprachkenntnisse (mindestens A2).

- Die BA muss nach § 39 BeschV zugestimmt haben, es sei denn, durch die BeschV oder durch zwischenstaatliche Vereinbarungen ist bestimmt, dass die Zustimmung nicht erforderlich ist.

Dieser detaillierte Anforderungskatalog zeigt, dass die Anerkennungspartnerschaft kein unbürokratischer Aufenthaltstitel ist. Der bpa hatte daher in der Vergangenheit wiederholt gefordert, dass die Berufsanerkennungsverfahren „entschlackt“ werden müssen, also auf der einen Seite deutlich gestrafft und auf der anderen Seite von unnötigen Vorlagepflichten und Prüfschritten befreit werden müssen. **Nichtsdestotrotz sieht der bpa in diesem Aufenthaltstitel auch positive Ansätze: vor allem die Möglichkeit nach Deutschland einzureisen, ohne schon im Herkunftsland erste Schritte für eine Berufsanerkennung gemacht haben zu müssen, wird eine Einreise nach Deutschland, um hier eine Beschäftigung aufzunehmen, für zahlreiche Zuwanderungswillige attraktiver machen. Wichtig ist nur, dass es den Zuwanderungswilligen mit diesem Aufenthaltstitel unbürokratisch möglich gemacht wird, während der Berufsanerkennung zur Sicherung des eigenen Unterhalts zu arbeiten.**

Mit der Änderung in **§ 16d Abs. 4 AufenthG-E** wird der wöchentliche Umfang der Nebenbeschäftigung von zehn auf 20 Stunden erhöht.

Die geplante Neufassung in **§ 16d Abs. 5 AufenthG-E** hat klarstellenden Charakter; mit dem Aufenthaltstiteln nach § 16d Abs. 5 AufenthG soll keine Erlaubnis einer Erwerbstätigkeit einhergehen.

§ 16d Abs. 6 AufenthG-E schafft in seiner geplanten Neufassung einen weiteren **neuen Aufenthaltstitel** von bis zu sechs Monaten zur **sog. Qualifikationsanalyse**. Dieser Aufenthaltstitel dient nur der Feststellung einer vorhandenen Qualifikation und nicht dem Ausgleich von Defiziten. Zuwanderungswillige sollende hierdurch die Möglichkeit bekommen, ihre Kompetenzen in Deutschland überprüfen zu lassen, wenn sie nicht in der Lage sind, die für die Feststellung der Gleichwertigkeit erforderlichen Unterlagen vollständig vorzulegen (Krieg, Staatsversagen, unverhältnismäßiger Aufwand zur Beibringung der Nachweise etc.). Die Aufenthaltserlaubnis wird für sechs Monate erteilt, um den Zeitraum von Vorbereitung, Durchführung und Bescheidung des Antrags zur Qualifikationsanalyse zu umfassen.

Voraussetzungen für diesen Aufenthaltstitel sind:

- Behördliche Feststellung, dass die Voraussetzungen für eine Qualifikationsanalyse gegeben sind.
- Glaubhaftmachung der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen.

- Konkretes Arbeitsplatzangebot für eine Beschäftigung nach Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation. Sollten durch die zuständigen Anerkennungsstellen Defizite in der Berufsqualifikation festgestellt werden, dient das Erfordernis eines konkreten Arbeitsplatzangebots der Sicherung des Lebensunterhalts des Ausländers.
- Mindestens hinreichende deutsche Sprachkenntnisse.

Dieser Aufenthaltstitel ist von der Idee her gut geeignet, um Zuwanderungswilligen, die ihre beruflichen Qualifikationen nicht nachweisen können, zu helfen, in Deutschland beruflich Fuß zu fassen. Allerdings sagt diese Regelung nichts darüber aus, wie es in der Praxis funktionieren soll, dass Zuwanderungswillige, die z.B. über keine Ausbildungszeugnisse verfügen, ihre Berufsqualifikationen glaubhaft machen. Solange solche praktischen Fragen nicht beantwortet sind, ist es zweifelhaft, ob dieser Aufenthaltstitel eine große praktische Relevanz entfalten wird.

Der bpa begrüßt die Neuregelungen in § 16d AufenthG-E insgesamt ausdrücklich als ein Zeichen dafür, dass es der Bundesregierung ernst ist, Zuwanderung für qualifizierte Zuwanderungswillige nach Deutschland zu erleichtern und damit die angespannte Arbeitsmarktsituation im Bereich von Pflege und Gesundheit zumindest ansatzweise zu entschärfen.

Ganz besonders begrüßt der bpa die Fristverlängerungen in Abs. 1 und Abs. 3, wonach die Aufenthaltsdauer auf maximal drei Jahre (statt bisher zwei Jahre) festgeschrieben wird. Die Erfahrungen haben bisher immer wieder gezeigt, dass Berufsanerkennungsverfahren in Gesundheitsberufen kaum in zwei Jahren zu absolvieren sind. Ferner war schon bisher kaum einsehbar, weshalb die Aufenthaltsdauer in den Fällen des Abs. 4 (Zuwanderung aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen) länger dauern sollte, als in den Fällen des Abs. 1 und des Abs. 3. Allerdings wären gesetzlich festgeschriebene Kompetenzvermutungen zielführender, um Berufsanerkennungen in Deutschland zu „entschlacken“ bzw. deutlich zu verkürzen.

Ebenso begrüßt der bpa grundsätzlich die Lockenungen der Bestimmungen zu den Nebenbeschäftigungen während der Berufsanerkennungsverfahren. In diesem Zusammenhang ist jedoch auf Folgendes hinzuweisen: Einrichtungen, die Zuwanderungswilligen im Rahmen eines Aufenthaltstitels nach § 16d eine Berufsanerkennung in Deutschland bei gleichzeitiger Nebenbeschäftigung ermöglichen, stehen oftmals vor dem wirtschaftlichen Risiko, dass die Zugewanderten schon

während der Anerkennungsphase von anderen Pflege- und Gesundheitseinrichtungen (insbesondere von Krankenhäusern) auf Beschäftigungsmöglichkeiten nach der Berufsanerkennung angesprochen werden. Solche Abwerbeversuche müssen aufgrund des skizzierten wirtschaftlichen Risikos so weit wie möglich ausgeschlossen werden; dies gilt insbesondere für die neuen Aufenthaltstitel nach § 16d Abs. 3a (Anerkennungspartnerschaft) und Abs. 6 (Qualifikationsanalyse), weil diese aufgrund der damit verbundenen Unsicherheiten ein besonderes wirtschaftliches Risiko für die beschäftigenden Einrichtungen sind. Da eine zwingende Weiterbeschäftigung nach Berufsanerkennung bei der Einrichtung, bei der das Anerkennungsverfahren durchlaufen wurde, verfassungsrechtlich kaum zu rechtfertigen ist, muss mindestens die Erlaubnis zur Nebenbeschäftigung während der Anerkennungsverfahrens auf die Einrichtung beschränkt werden, bei der das Anerkennungsverfahren absolviert wird.

Ebenso weist der bpa darauf hin, dass die in § 16d Abs. 3a AufenthG-E geforderte Geeignetheit des Arbeitgebers unzumutbar ist, bzw. für den Arbeitgeber eine völlig unververtretbare bürokratische Herausforderung ist und die Möglichkeiten der Anerkennungspartnerschaft unnötig einschränkt. Diese Voraussetzung ist daher zu streichen.

Ferner fordert der bpa, die maximale Zeit der Aufenthaltsdauer nach § 16d Abs. 3a AufenthG-E auf vier Jahre zu verlängern, weil das Sprachniveau, an das eine Aufenthaltserlaubnis nach Abs. 3a geknüpft ist, gerade für Gesundheitsberufe nicht ausreicht, was eine intensive sprachliche Schulung während des Anerkennungsverfahrens nötig machen kann, was wiederum eine Anerkennungs- und Aufenthaltsdauer von mehr als drei Jahren nötig machen kann bzw. wird.

Der bpa hatte immer wieder gefordert, dass die Regelung in § 16d Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 AufenthG auch für private Anwerbungen und Vermittlungen gelten soll, da die zwischenstaatlichen Vermittlungsabsprachen nur einen Teil der Fallzahlen der privaten Vermittlungen darstellen. Pflege- und andere Einrichtungen brauchen jedoch die Flexibilität, auch selbst oder mit privaten Vermittlungsunternehmen Vereinbarungen über Fachkräftenwerbungen zu schließen und die Anerkennung erst in Deutschland durchzuführen. Anwerbung und Vermittlung von Fachkräften darf kein staatliches Monopol sein bzw. werden!

Der bpa schlägt vor, § 16d Abs. 3a AufenthG wie folgt zu fassen:

(3a) Einem Ausländer soll zur Durchführung eines Verfahrens zur Anerkennung seiner im Ausland erworbenen Berufsqualifikation mit begleitender Ausübung einer qualifizierten Beschäftigung eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn

1. der Ausländer

- a) über eine ausländische Berufsqualifikation verfügt, die von dem Staat, in dem sie erworben wurde, staatlich anerkannt ist und deren Erlangung eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren vorausgesetzt hat, oder*
- b) einen ausländischen Hochschulabschluss besitzt, der von dem Staat, in dem er erworben wurde, staatlich anerkannt ist und*

2. ein konkretes Arbeitsplatzangebot für eine qualifizierte Beschäftigung vorliegt,

3. sich aus einer zwischen dem Ausländer und dem Arbeitgeber zu schließenden Vereinbarung ergibt, dass

- a) sich der Ausländer verpflichtet, spätestens nach der Einreise bei der im Inland nach den Regelungen des Bundes oder der Länder für die berufliche Anerkennung zuständigen Stelle unverzüglich das Verfahren zur Anerkennung seiner im Ausland erworbenen Berufsqualifikation einzuleiten, und*
- b) sich der Arbeitgeber gegenüber dem Ausländer verpflichtet, ihm die Wahrnehmung der von der zuständigen Stelle zur Anerkennung seiner Berufsqualifikation geforderten Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen des Arbeitsverhältnisses zu ermöglichen,*

der Ausländer über die der angestrebten Tätigkeit entsprechende, mindestens jedoch hinreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügt und

4. die Bundesagentur für Arbeit nach § 39 zugestimmt hat oder durch die Beschäftigungsverordnung oder zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist, dass die Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zulässig ist.

Wird die Aufenthaltserlaubnis im Bundesgebiet beantragt, so kann die Ausländerbehörde verlangen, dass der Antragsteller das Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a) oder b) von [Bezeichnung der Behörde] bestätigen lässt. Die Aufenthaltserlaubnis wird bei erstmaliger Erteilung für die Dauer der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit, höchstens jedoch für ein Jahr erteilt. Die Aufenthaltserlaubnis kann auf bis

zu vier Jahre verlängert werden. Nach zeitlichem Ablauf des Höchstzeitraumes der Aufenthaltserlaubnis darf keine Aufenthaltserlaubnis nach § 16d und § 19c Absatz 1 in Verbindung mit einer Regelung der Beschäftigungsverordnung für vorübergehende Beschäftigungen erteilt werden. § 9 findet keine Anwendung. Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt nur zur Ausübung der Beschäftigung nach Nummer 2 sowie zu einer Nebenbeschäftigung von bis zu zehn Stunden je Woche beim Arbeitgeber nach Satz 1 Nr. 3.

Der bpa schlägt vor, § 16d Abs. 4 Satz 1 AufenthG wie folgt zu fassen:

Einem Ausländer kann zum Zweck der Anerkennung seiner im Ausland erworbenen Berufsqualifikation eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr erteilt und um jeweils ein Jahr bis zu einer Höchstaufenthaltsdauer von drei Jahren verlängert werden, wenn der Ausländer auf Grund einer Absprache der Bundesagentur für Arbeit mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes oder auf Grund einer Absprache eines deutschen Arbeitgebers mit einem Personalvermittlungsdienstleister im Herkunftsland

1. über das Verfahren, die Auswahl, die Vermittlung und die Durchführung des Verfahrens zur Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation und zur Erteilung der Berufsausübungserlaubnis bei durch Bundes- oder Landesgesetz reglementierten Berufen im Gesundheits- und Pflegebereich oder
2. über das Verfahren, die Auswahl, die Vermittlung und die Durchführung des Verfahrens zur Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation und, soweit erforderlich, zur Erteilung der Berufsausübungserlaubnis für sonstige ausgewählte Berufsqualifikationen unter Berücksichtigung der Angemessenheit der Ausbildungsstrukturen des Herkunftslandes

in eine Beschäftigung vermittelt worden ist und die Bundesagentur für Arbeit nach § 39 zugestimmt hat oder durch die Beschäftigungsverordnung oder zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist, dass die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zulässig ist.

Der bpa schlägt vor, § 16d Abs. 6 wie folgt zu fassen:

(6) Einem Ausländer kann zum Zweck der Feststellung seiner maßgeblichen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten, die zur Feststellung der Gleichwertigkeit seiner im Ausland erworbenen Berufsqualifikation erforderlich sind (Qualifikationsanalyse) eine Aufenthaltserlaubnis von bis zu

sechs Monaten erteilt werden. Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis setzt voraus, dass

1. die zuständige Stelle entschieden hat, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für ein sonstiges Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation vorliegen und die Durchführung einer Qualifikationsanalyse zugesagt wurde,
2. der Ausländer eine im Ausland erworbene Berufsqualifikation, die ihn zu einer qualifizierten Beschäftigung befähigt, glaubhaft machen kann,
3. ein konkretes Arbeitsplatzangebot für eine Beschäftigung nach Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation vorliegt und
4. der Ausländer über deutsche Sprachkenntnisse, die der abzulegenden Qualifikationsanalyse entsprechen, in der Regel jedoch mindestens über hinreichende deutsche Sprachkenntnisse, verfügt.

Absatz 1 Satz 4 und Absatz 2 gelten entsprechend **für eine Nebenbeschäftigung beim Arbeitgeber nach Satz 2 Nr. 3**. Stellt die zuständige Stelle nach Durchführung des Verfahrens fest, dass Anpassungs- oder Ausgleichsmaßnahmen erforderlich sind, kann der Aufenthalt nach Absatz 1 oder Absatz 3 fortgesetzt werden, sofern die dort jeweils genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Eine Anrechnung der Dauer des Aufenthalts nach Satz 1 auf die in den Absätzen 1 oder 3 genannte Höchstaufenthaltsdauer erfolgt nicht.“

Siehe zu den hier angemarkten Punkten die **gelb unterlegten Änderungsvorschläge** in Artikel 2 Nr. 6 des Referentenentwurfs, im Anhang an diese Stellungnahme.

2.2.10 Artikel 2 Nr. 10 und Nr. 11 (§ 18a AufenthG-E – Fachkräfte mit Berufsausbildung) (§ 18b AufenthG-E – Fachkräfte mit akademischer Ausbildung)

Auch Fachkräften mit anerkannter Berufsausbildung und anerkannter akademischer Ausbildung soll die Möglichkeit zur Ausübung jeder qualifizierten Beschäftigung in nichtreglementierten Berufen eröffnet werden. Ebenso soll für diese Fachkräfte bei inländischen Abschlüssen die Aufenthaltserlaubnis ohne Zustimmung der BA erteilt werden.

Der bpa wird regelmäßig mit der Tatsache konfrontiert, dass es bei der Visavergabe und bei der Vergabe von Aufenthaltstiteln aufgrund hoher Nachfragen im Aus- und im Inland zu Bearbeitungsschwierigkeiten und Wartezeiten kommt. Daher hatte der bpa in der Vergangenheit schon

mehrfach gefordert, dass bei solchen behördlichen Engpässen ein klarer Bearbeitungsvorrang für Anträge gelten muss, die von Träger:innen von Engpassberufen gestellt werden, die im Bereich der Daseinsvorsorge tätig werden wollen. Der bpa ist der Auffassung, dass dieses Vorrangverhältnis immer noch notwendig ist. In §§ 18a und 18b AufenthG sollte daher deutlich gemacht werden, dass diese Aufenthaltstitel vorrangig an Berufsträger:innen von Engpassberufen in der Daseinsvorsorge vergeben werden sollen.

Der bpa schlägt vor, § 18a AufenthG wie folgt zu fassen:

Einer Fachkraft mit Berufsausbildung kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung jeder qualifizierten Beschäftigung erteilt werden. Einer Fachkraft, die über eine inländische qualifizierte Berufsausbildung verfügt, kann eine solche Aufenthaltserlaubnis ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erteilt werden. Fachkräften mit einer Berufsausbildung in einem von der Bundesagentur für Arbeit festgestellten Engpassberuf im Bereich der Daseinsvorsorge soll die Aufenthaltserlaubnis bei nachgewiesenem Bedarf durch den Arbeitgeber stets erteilt werden.

Der bpa schlägt vor, § 18b AufenthG wie folgt zu fassen:

Einer Fachkraft mit akademischer Ausbildung kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung jeder qualifizierten Beschäftigung erteilt werden. Einer Fachkraft mit akademischer Ausbildung, die über einen inländischen Hochschulabschluss verfügt, kann eine solche Aufenthaltserlaubnis stets ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erteilt werden. Fachkräften mit einer akademischen Ausbildung in einem von der Bundesagentur für Arbeit festgestellten Engpassberuf in der Daseinsvorsorge soll die Aufenthaltserlaubnis bei nachgewiesenem Bedarf durch den Arbeitgeber stets erteilt werden.

Siehe dazu die gelb unterlegten Änderungsvorschläge in Artikel 2 Nr. 10 und Nr. 11 des Referentenentwurfs, im Anhang an diese Stellungnahme.

2.2.11 Artikel 2 Nr. 14 d) ff) und e) bb) (§ 20 AufenthG-E – Arbeitsplatzsuche für Fachkräfte)

Nach § 20 AufenthG-E sollen – was von besonderer Bedeutung für die Pflegebranche in Deutschland ist – an zwei Stellen Regelungen aufgenommen werden, die sich explizit auf Absolvent:innen von Pflegeassistentenausbildungen beziehen. So soll in § 20 Abs. 1 AufenthG-E aufgenommen werden, dass Ausländer:innen, die in Deutschland solche Pflegeassistentenausbildungen absolviert haben, ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitsplatzsuche haben sollen, das gemäß § 20 Abs. 2 AufenthG-E für 12 Monate erteilt wird.

Der bpa begrüßt diese Vorschrift ausdrücklich. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass eine Regelung für Ausländer:innen nicht ausreicht, wenn diese an eine Pflegeassistentenausbildung in Deutschland anknüpft. Neben der Regelung in § 20 AufenthG-E ist vor allem eine entsprechende in § 16a AufenthG notwendig, mit der der Anwendungsbereich des § 16a AufenthG für auf Pflegeassistentenausbildungen erweitert wird.

Der bpa schlägt vor, § 16a Abs. 1 Satz 1 AufenthG wie folgt zu fassen:

*Eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der betrieblichen Aus- und Weiterbildung **oder einer Assistenz- oder Helferausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf** kann erteilt werden, wenn die Bundesagentur für Arbeit nach § 39 zugestimmt hat oder durch die Beschäftigungsverordnung oder zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist, dass die Aus- und Weiterbildung ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zulässig ist.*

Siehe dazu die **gelb unterlegten Änderungsvorschläge in Artikel 2 Nr. 3** (Änderung von § 16a AufenthG) des Referentenentwurfs, im Anhang an diese Stellungnahme.

2.2.12 Artikel 2 Nr. 15 (§ 20a AufenthG-E – Chancenkarte)

Die Neuregelung in § 20a AufenthG-E eröffnet mit der Chancenkarte Ausländer:innen, die **ohne bestehendes Beschäftigungsverhältnis** nach Deutschland einreisen oder hier verbleiben wollen, die Möglichkeit eines zeitlich beschränkten Aufenthaltstitels zur Suche nach einer Erwerbstätigkeit oder zur Anerkennung ihrer ausländischen Berufsqualifikation. Damit unterscheidet sich dieser Aufenthaltstitel wesentlich von den bisherigen Aufenthaltstiteln, die im Zusammenhang mit einer Ausbildung, Beschäftigung o.a. in Deutschland erteilt werden.

Inhaber einer Chancenkarte dürfen in einem Zeitraum von bis zu einem Jahr bis zu 20 Stunden pro Woche eine Beschäftigung oder für jeweils bis zu 2 Wochen zeitlich unbegrenzt eine Probebeschäftigung ausüben. Die Chancenkarte kann nach diesem Zeitraum nach legalem Aufenthalt im Inland oder Aufenthalt im Ausland in gleicher Dauer neu erteilt werden.

Die Erteilung der Chancenkarte nach § 20a AufenthG-E setzt nach Abs.1 voraus, dass Antragsteller:innen **Fachkräfte i.S.v. § 18 Abs. 3** AufenthG sind oder mindestens **6 Punkte** nach dem Vergabesystem erzielen. Diese Punkte werden nach Berufsqualifikation, Sprachkenntnissen, vorangegangenen Aufenthalten in Deutschland etc. vergeben.

Wie bereits in der Einleitung dargestellt, begrüßt der bpa ausdrücklich die Einführung einer Chancenkarte. Sie kann eine erhebliche Erleichterung für künftige Arbeitnehmer:innen darstellen, um Zugang zu dem deutschen Arbeitsmarkt zu erhalten. Gerade die langwierigen Prozesse, die es vor dem Einsatz eines Arbeitnehmers bzw. einer Arbeitnehmerin insbesondere als Pflegefachkraft einzuhalten gilt, führen dazu, dass Zuwanderungswillige abspringen, weil sie zwischenzeitlich das Interesse verlieren. Der zentrale Punkt und das große Problem bei der Beschäftigung von Mitarbeiter:innen aus Drittstaaten sind die hohen bürokratischen Hürden und die Zeit, die die formalen Verfahren in Anspruch nehmen. Seit jeher verweist der bpa darauf, dass der Gesetzgeber hier dringend Abhilfe schaffen muss. Die Chancenkarte ist dafür grundsätzlich ein geeignetes Instrument.

Der bpa ist der Auffassung, dass die Beschränkung des zeitlichen Umfangs von einer nach einer erfolgreichen Suche aufgenommenen Probebeschäftigung auf 20 Wochenstunden oder zwei Wochen am Stück ohne Wochenarbeitszeitregelung zu starr und zu wenig flexibel ist, um dem Beschäftigungsinteresse des Ausländers bzw. der Ausländerin einerseits und der Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Pflege andererseits Rechnung zu tragen. Um die Attraktivität der Chancenkarte für deren Inhaber:innen zu steigern, sollten der Zeitraum von mindestens einem Jahr auf zwei Jahre ausgedehnt und die Begrenzung der Wochenarbeitszeit unter Berücksichtigung von Zeiten für Anerkennungslehrgänge und Sprachkurse in das Ermessen der zuständigen Genehmigungsbehörde gestellt werden.

Der bpa kritisiert, dass der Begriff der Lebensunterhaltssicherung weder in dem Gesetzestext noch in der Gesetzesbegründung definiert ist und deshalb in der Rechtsanwendung bei den Antragstellern und Behörden zu großer Unsicherheit führt. Es kann nicht im Sinne einer effektiven Nutzung der Chancenkarte durch Bürger aus Drittstaaten sein, dass diese die Sicherung ihres Lebensunterhalts im Inland ohne Zuverdienst bereits vor ihrer Einreise den deutschen Behörden nachweisen müssen.

Zur Gewinnung von Pflegekräften, insbesondere im Bereich der Pflegeassistenten bzw. Pflegeassistentinnen und Pflegehelfern bzw. Pflegehelferinnen, die bereits über Berufserfahrung in ihrem Herkunftsland verfügen und zumindest ausreichende deutsche Sprachkenntnisse auf dem Niveau B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER) mitbringen, sollten diese beiden Kriterien stärker gewichtet

werden. Es steht aus Sicht des bpa sonst zu befürchten, dass viele Interessent:innen der Chancenkarte, die keine Fachkräfte i.S.v. § 18 Abs. 3 AufenthG sind, an dem Erfordernis von 6 Punkten scheitern werden und die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften gerade in dem Bereich der Pflegeassistenten- und Pflegehelferberufe nicht in dem erforderlichen Maße gelingen wird.

Zusammenfassend lässt sich nach einer genauen Analyse des Punktevergabesystems des § 20a Abs. 3 bis 6 AufenthG-E feststellen, dass

- die Inhaberschaft einer gleichwertigen ausländischen Berufsqualifikation,
- von deutschen Sprachkenntnissen,
- in den letzten Jahren erlangte Berufserfahrung,
- ein Alter von maximal 40 Jahre sowie
- der Leumund eines legal im Inland wohnenden Menschen

Kriterien sind, die eine Erteilung der Chancenkarte unterschiedlich gewichten. Wie es die Differenzierungen zum Ausdruck bringen, sind dem Gesetzgeber die genannten Kriterien unterschiedlich von Bedeutung. Dabei ist zu beachten, dass es insgesamt 218 verschiedene Kombinationsmöglichkeiten der einzelnen Kriterien gibt, von denen 156 dazu führen, dass die erforderliche Punktzahl erreicht wird. Beispielsweise können Zuwanderungswillige, die über deutsche Sprachkenntnisse auf dem Niveau B 2 verfügen sowie in den letzten 7 Jahren mindestens 3 Jahre einschlägige Berufserfahrung in einer der Berufsqualifikation oder des Hochschulabschlusses entsprechenden Tätigkeit gesammelt hat, zweimal 3 Punkte erhalten und die notwendige Punktezahl von 6 erreichen.

Der bpa schlägt vor, § 20a Abs. 2 AufenthG wie folgt zu fassen:

*(2) Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis setzt die Lebensunterhaltssicherung voraus. Einem Ausländer, der sich bereits im Bundesgebiet aufhält, darf eine Chancenkarte nur erteilt werden, wenn er im Besitz eines Aufenthaltstitels nach Abschnitt 3 oder 4 ist. Eine Chancenkarte nach Absatz 1 Nummer 2 kann nur erteilt werden, wenn der Ausländer über hinreichende deutsche Sprachkenntnisse oder englische Sprachkenntnisse auf dem Niveau **B 1** des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen verfügt und er*

1. eine ausländische Berufsqualifikation hat, die von dem Staat, in dem sie erworben wurde, staatlich anerkannt ist und deren Erlangung eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren vorausgesetzt hat, oder
2. einen ausländischen Hochschulabschluss hat, der in dem Staat, in dem er erworben wurde, staatlich anerkannt ist.

Der bpa schlägt vor, § 20a Abs. 7 und 8 wie folgt zu ändern:

(7) Die Chancenkarte berechtigt nur zur Ausübung von Beschäftigungen bis zu zwanzig Stunden je Woche sowie für jeweils bis zu zwei Wochen von zeitlich unbegrenzten Probebeschäftigungen. Die Beschränkung der Beschäftigung auf 20 Stunden je Woche kann nach freiem Ermessen [Platzhalter für Behörde] auf eine Beschäftigung von bis zu 40 Stunden je Woche verlängert werden. Eine Probebeschäftigung nach Satz 1 muss jeweils entweder qualifiziert sein, auf eine Ausbildung abzielen oder geeignet sein, im Rahmen einer Maßnahme nach § 16d aufgenommen zu werden.

(8) Die Chancenkarte wird für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren erteilt. Die Verlängerung ist ausgeschlossen. Eine Chancenkarte kann erneut nur erteilt werden, wenn sich der Ausländer zuvor mindestens ein halbes Jahr im Ausland aufgehalten hat. § 9 findet keine Anwendung.

Siehe zu diesen Anmerkungen die gelb unterlegten Änderungsvorschläge in Artikel 2 Nr. 15 des Referentenentwurfs, im Anhang an diese Stellungnahme.

3 Anhang

Referentenentwurf

des Bundesministeriums des Innern und für Heimat und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

Artikel 1

Änderung des Aufenthaltsgesetzes

Das Aufenthaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 21. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2847) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 18f werden folgende Angaben eingefügt:
 - „§ 18g Blaue Karte EU
 - § 18h Kurzfristige Mobilität für Inhaber einer Blauen Karte EU
 - § 18i Langfristige Mobilität für Inhaber einer Blauen Karte EU“.
 - b) Die Angabe zu § 19f wird wie folgt gefasst:
 - „§ 19f Ablehnungsgründe bei Aufenthaltstiteln nach den §§ 16b, 16c, 16e, 16f, 17, 18d, 18e, 18f, 18g und 19e.“
 - c) Die Angabe zu § 91f wird wie folgt gefasst:
 - „§ 91f Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie (EU) 2021/1883 innerhalb der Europäischen Union“.
2. In § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2a wird die Angabe „§ 18b Absatz 2“ durch die Angabe „§ 18g“ ersetzt.
3. § 9b Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
 - „Auf die erforderlichen Zeiten nach § 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 werden die Zeiten angerechnet, in denen der Ausländer im Besitz
 1. einer von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellten Blauen Karte EU oder
 1. eines von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellten Aufenthaltstitels zur Ausübung einer Beschäftigung auf akademischem

Niveau, zum Zweck der Forschung, des Studiums oder aufgrund der Rechtsstellung eines international Schutzberechtigten

war, wenn sich der Ausländer bei Antragstellung seit mindestens zwei Jahren als Inhaber einer Blauen Karte EU im Bundesgebiet aufhält und unmittelbar vor der Erteilung dieser Blauen Karte EU im Besitz einer Blauen Karte EU war, die ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellt hat.“

- b) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
 „Für Voraufenthalte mit einem von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union erteilten Aufenthaltstitel zum Zweck des Studiums gilt Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 entsprechend.“
- c) Die bisherigen Sätze 2 bis 4 werden die Sätze 3 bis 5.
- d) In Satz 5 werden die Wörter „Sätze 1 bis 3“ durch die Wörter „Sätze 1 bis 4“ ersetzt.
- 4. § 18 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 Nummer 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 18b Absatz 1“ durch die Angabe „§ 18b“ ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden die Wörter „Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat“ durch die Wörter „Bundesministerium des Innern und für Heimat“ ersetzt.
 - b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden nach der Angabe „§§ 18a und 18b“ die Wörter „sowie die Blaue Karte EU“ eingefügt.
 - bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Monate“ ein Komma sowie die Wörter „höchstens jedoch für vier Jahre,“ eingefügt.
- 5. § 18b wird wie folgt gefasst:

„§ 18b

Fachkräfte mit akademischer Ausbildung

Einer Fachkraft mit akademischer Ausbildung kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer qualifizierten Beschäftigung erteilt werden, zu der ihre Qualifikation sie befähigt.“

- 6. § 18c wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und nach der Angabe „18d“ werden die Wörter „oder § 18g“ eingefügt.
 - bb) In Nummer 2 werden die Wörter „oder §“ durch ein Komma ersetzt und nach der Angabe „18d“ werden die Wörter „oder § 18g“ eingefügt.

- b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 18b Absatz 2“ durch die Angabe „§ 18g“ ersetzt.

7. Nach § 18f wird folgender § 18g eingefügt:

„§ 18g

Blaue Karte EU

(1) Einer Fachkraft mit akademischer Ausbildung wird ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit eine Blaue Karte EU zum Zweck einer ihrer Qualifikation angemessenen Beschäftigung erteilt, wenn sie ein Gehalt in Höhe von mindestens 56,6 Prozent der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung erhält und keiner der in § 19f Absatz 1 und 2 geregelten Ablehnungsgründe vorliegt. Fachkräften mit akademischer Ausbildung, die

2. einen Beruf ausüben, der zu den Gruppen 132, 133, 134, 21, 221, 222, 225, 226, 23 oder 25 nach der Empfehlung der Kommission vom 29. Oktober 2009 über die Verwendung der Internationalen Standardklassifikation der Berufe (ISCO-08) (ABl. L 292 vom 10.11.2009, S. 31) gehört, oder
3. den Hochschulabschluss nicht mehr als drei Jahre vor der Beantragung der Blauen Karte EU erworben haben,

wird die Blaue Karte EU abweichend von Satz 1 mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erteilt, wenn die Höhe des Gehalts mindestens 45,3 Prozent der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung beträgt. Die Voraussetzungen nach § 18 Absatz 2 Nummer 3 und 4 gelten als erfüllt, wenn der Antragsteller Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18b ist. In den Fällen des Satzes 2 wird die Blaue Karte EU ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erteilt, wenn die Fachkraft über einen inländischen Hochschulabschluss verfügt. Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für eine Fachkraft, die ein tertiäres Bildungsprogramm, das mit einem Hochschulabschluss gleichwertig ist und mindestens drei Jahre Ausbildungsdauer erfordert, erfolgreich abgeschlossen hat, wenn diese Qualifikation einem Ausbildungsniveau entspricht, das in der Bundesrepublik Deutschland mindestens der Stufe 6 der Internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen (ISCED 2011) oder der Stufe 6 des Europäischen Qualifikationsrahmens zugeordnet ist.

(2) Einem Ausländer, der keine Fachkraft ist, wird mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit eine Blaue Karte EU zum Zweck der Ausübung einer der Qualifikation angemessenen Beschäftigung, abweichend von § 18 Absatz 2 Nummer 4 erteilt, wenn

1. die Höhe des Gehalts mindestens 56,6 Prozent der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung oder bei Ausübung eines in Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 aufgeführten Berufs mindestens 45,3 Prozent der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung beträgt,
2. keiner der in § 19f Absatz 1 und 2 geregelten Ablehnungsgründe vorliegt, und

3. der Ausländer über Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt,
 - a) die auf einer in den letzten sieben Jahren erworbenen, mindestens dreijährigen Berufserfahrung in einem Beruf beruhen, der zu den Gruppen 133 oder 25 nach der Empfehlung der Kommission vom 29. Oktober 2009 über die Verwendung der Internationalen Standardklassifikation der Berufe (ISCO-08) (ABl. L 292 vom 10.11.2009, S. 31) gehört,
 - b) deren Niveau mit einem Hochschulabschluss oder einem Abschluss eines mit einem Hochschulstudium gleichwertigen tertiären Bildungsprogramms, das alle Voraussetzungen des Absatz 1 Satz 5 erfüllt, vergleichbar ist und
 - c) die für die Ausübung der Beschäftigung erforderlich sind.

(3) Die Erteilung einer Blauen Karte EU setzt voraus, dass das konkrete Arbeitsplatzangebot nach § 18 Absatz 2 Nummer 1 eine Beschäftigungsdauer von mindestens sechs Monaten vorsieht.

(4) Abweichend von § 4a Absatz 3 Satz 4 ist für den Arbeitsplatzwechsel eines Inhabers einer Blauen Karte EU keine Erlaubnis der Ausländerbehörde erforderlich. Nur in den ersten zwölf Monaten der Beschäftigung kann die zuständige Ausländerbehörde den Arbeitsplatzwechsel des Inhabers einer Blauen Karte EU für 30 Tage aussetzen und innerhalb dieses Zeitraums ablehnen, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung einer Blauen Karte EU nicht vorliegen.

(5) Für die Erteilung einer Blauen Karte EU gilt der Lebensunterhalt als gesichert, wenn der Antragsteller Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18b ist und der Arbeitsplatz nicht gewechselt wird.

(6) Abweichend von § 8 Absatz 1 findet auf die Verlängerung einer Blauen Karte EU die Gehaltsschwelle gemäß Absatz 1 Satz 2 Anwendung, wenn der Antragsteller den Hochschulabschluss oder den Abschluss des mit einem Hochschulstudium gleichwertigen tertiären Bildungsprogramms nicht mehr als drei Jahre vor der Beantragung der Verlängerung der Blauen Karte EU erworben hat oder seit der Erteilung der ersten Blauen Karte EU gemäß Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 weniger als 24 Monate vergangen sind. Im Übrigen bleibt § 8 Absatz 1 unberührt.

(7) Das Bundesministerium des Innern und für Heimat gibt die Mindestgehälter nach Absatz 1 und 2 für jedes Kalenderjahr jeweils bis zum 31. Dezember des Vorjahres im Bundesanzeiger bekannt.“

8. Nach dem neuen § 18g wird folgender § 18h eingefügt:

„§ 18h

Kurzfristige Mobilität für Inhaber einer Blauen Karte EU

(1) Ein Inhaber einer gültigen Blauen Karte EU, die ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellt hat, benötigt für die Einreise und den sich daran anschließenden Aufenthalt zum Zweck einer Geschäftsreise abweichend von § 4 Absatz 1 keinen Aufenthaltstitel und keine Arbeitserlaubnis der Bundesagentur für Arbeit,

wenn die Dauer des Aufenthalts 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen nicht überschreitet. Ist die Blaue Karte EU von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellt, der nicht Schengen-Staat ist, hat der Ausländer neben der gültigen Blauen Karte EU zusätzlich einen Nachweis über den geschäftlichen Zweck des Aufenthalts mit sich zu führen und bei der Grenzkontrolle auf Verlangen vorzuzeigen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn der Ausländer in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten innehat und unmittelbar vor Erlangung dieser Rechtsstellung im Besitz einer von diesem Mitgliedstaat ausgestellten Blauen Karte EU war.“

9. Nach dem neuen § 18h wird folgender § 18i eingefügt:

„§ 18i

Langfristige Mobilität für Inhaber einer Blauen Karte EU

(1) Einem Ausländer, der eine gültige Blaue Karte EU besitzt, die von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union erteilt wurde und mit der er sich seit mindestens zwölf Monaten rechtmäßig in diesem Mitgliedstaat der Europäischen Union aufhält, wird eine Blaue Karte EU nach § 18g erteilt, wenn die Voraussetzungen nach § 18g vorliegen. Die Voraussetzung nach § 18 Absatz 2 Nummer 4 gilt als erfüllt, ~~es sei denn~~

~~1. der Ausländer ist weniger als zwei fünf Jahre im Besitz der Blauen Karte EU, die der andere Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellt hat, oder~~

~~2. der andere Mitgliedstaat der Europäischen Union hat die Blaue Karte EU aufgrund von durch Berufserfahrungen erworbenen Fertigkeiten, Kenntnissen und Fähigkeiten zum Zweck der Ausübung eines Berufes erteilt, der nicht im Anhang I der Richtlinie (EU) 2021/1883 aufgeführt ist.~~

(2) Hat ein Mitgliedstaat der Europäischen Union, der nicht Schengen-Staat ist, die Blaue Karte EU nach Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 1 ausgestellt, so hat der Ausländer bei der Einreise neben der gültigen Blauen Karte EU einen Arbeitsvertrag oder ein verbindliches Arbeitsplatzangebot für eine der Qualifikation angemessene Beschäftigung auf akademischem Niveau für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten im Bundesgebiet mit sich zu führen.

(3) Hat der Ausländer bereits einmal oder mehrfach von der Möglichkeit der langfristigen Mobilität nach Artikel 21 der Richtlinie (EU) 2021/1883 Gebrauch gemacht, beträgt die Mindestdauer des rechtmäßigen Aufenthalts in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union mit einer von diesem Mitgliedstaat ausgestellten und gültigen Blauen Karte EU abweichend von Absatz 1 Satz 1 sechs Monate.“

10. § 19f wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Ablehnungsgründe bei Aufenthaltstiteln nach den §§ 16b, 16c, 16e, 16f, 17, 18d, 18e, 18f, 18g und 19e“.

- b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Angaben „§ 18b Absatz 2, den §§“ werden gestrichen.
 - bb) Nach der Angabe „18d“ werden ein Komma sowie die Angabe „18g“ eingefügt.
 - cc) Nummer 1 wird gestrichen.
 - dd) Die bisherigen Nummern 2 bis 5 werden die neuen Nummern 1 bis 4.
- c) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
- „Eine Blaue Karte EU nach § 18g wird über die in Absatz 1 genannten Ausschlussgründe hinaus nicht erteilt an Ausländer,
- 3. die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union einen Antrag auf Zuerkennung internationalen Schutzes gestellt haben, über den noch nicht abschließend entschieden worden ist,
 - 4. die einen Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 besitzen, der nicht auf Grund des § 25 Absatz 1 oder 2 erteilt wurde, oder eine vergleichbare Rechtsstellung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union innehaben,
 - 5. die einen Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 oder eine vergleichbare Rechtsstellung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union beantragt haben und über deren Antrag noch nicht abschließend entschieden worden ist,
 - 6. deren Einreise in einen Mitgliedstaat der Europäischen Union Verpflichtungen unterliegt, die sich aus internationalen Abkommen zur Erleichterung der Einreise und des vorübergehenden Aufenthalts bestimmter Kategorien von natürlichen Personen, die handels- und investitionsbezogene Tätigkeiten ausüben, herleiten; hiervon ausgenommen sind Ausländer, die sich als unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer gemäß der Richtlinie 2014/66/EU im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats der Europäischen Union aufhalten, oder
 - 7. die unter die Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (ABl. L 18 vom 21.1.1997, S. 1) in der Fassung der Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (ABl. L 173 vom 9.7.2018, S. 16) fallen, für die Dauer ihrer Entsendung nach Deutschland.“
- d) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) Eine Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 16b, 16e, 17 Absatz 2, den §§ 18d und 19e wird über die in Absatz 1 genannten Ausschlussgründe hinaus nicht erteilt an Ausländer,
- ~~8. die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union einen Antrag auf Zuerkennung internationalen Schutzes gestellt haben, über den noch nicht abschließend entschieden worden ist, oder die in einem Mitgliedstaat internationalen Schutz genießen oder~~

9. die eine Blaue Karte EU nach § 18g oder einen Aufenthaltstitel, der durch einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union auf Grundlage der Richtlinie (EU) 2021/1883 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2021 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hoch qualifizierten Beschäftigung und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/50/EG des Rates (ABl. L 282 vom 28.10.2021, S. 1) erteilt wurde, besitzen.

Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18d wird darüber hinaus nicht erteilt, wenn die Forschungstätigkeit Bestandteil eines Promotionsstudiums als Vollzeitstudienprogramm ist.“

11. In § 20 Absatz 3 wird im Satzteil nach Nummer 4 nach der Angabe „§§ 18a, 18b, 18d“ ein Komma und die Angabe „18g,“ eingefügt.
12. In § 21 Absatz 2a Satz 1 werden die Wörter „oder § 19c Absatz 1“ durch ein Komma und die Wörter „19c Absatz 1 oder eine Blaue Karte EU“ ersetzt.
13. In § 29 Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz angefügt:
- „Satz 1 Nummer 2, § 5 Absatz 1 Nummer 1 mit Ausnahme des Bestehens ausreichenden Krankenversicherungsschutzes sowie § 27 Absatz 3 Satz 1 finden keine Anwendung, wenn
1. der Familiennachzug zu einem Inhaber einer Blauen Karte EU erfolgen soll,
 2. der Inhaber der Blauen Karte EU unmittelbar vor der Erteilung der Blauen Karte EU im Besitz einer Blauen Karte EU war, die ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellt hat und
 3. die familiäre Lebensgemeinschaft bereits in dem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union bestand.
- Satz 1 Nummer 2, § 5 Absatz 1 Nummer 1 mit Ausnahme des Bestehens ausreichenden Krankenversicherungsschutzes sowie § 27 Absatz 3 Satz 1 finden darüber hinaus keine Anwendung, wenn der Familiennachzug zu einem Inhaber eines Aufenthaltstitels nach §§ 16a, 16b, 16d, 17, 18a und 18b erfolgen soll.“
14. In § 30 Absatz 1 Satz 3 Nummer 5 und 7 wird jeweils die Angabe „18b Absatz 1“ durch die Angabe „18b“ ersetzt.
15. Nach § 31 Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:
- „(1a) Ist der Ausländer im Besitz einer Blauen Karte EU, gilt Absatz 1 mit der Maßgabe, dass der in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 genannte Zeitraum auch als erfüllt gilt, wenn die eheliche Lebensgemeinschaft seit mindestens zwei Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet und zuvor bereits mindestens ein Jahr in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union bestanden hat.“
16. In § 32 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 und 3 wird jeweils die Angabe „18b Absatz 1“ durch die Angabe „18b“ ersetzt.
17. In § 38a Absatz 3 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

„Sie wird ohne Vorrangprüfung erteilt, wenn der Ausländer unmittelbar vor Erlangung der Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union Inhaber einer von diesem anderen Mitgliedstaat erteilten Blauen Karte EU war und im Bundesgebiet eine Beschäftigung beabsichtigt, die die Voraussetzungen zur Erteilung einer Blauen Karte EU erfüllt.“

18. § 39 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Vor Nummer 1 wird die Angabe „§§ 18a oder 18b“ durch die Wörter „§§ 18a, 18b oder 18g Absatz 1 Satz 2 oder durch den Inhaber einer Blauen Karte EU nach § 18g Absatz 2“ ersetzt.

bb) Nummer 2 wird wie folgt geändert:

aaa) In Buchstabe a wird die Angabe „§ 18b Absatz 1“ durch die Angabe „§ 18b“ ersetzt und das Wort „oder“ gestrichen.

bbb) In Buchstabe b wird die Angabe „§ 18b Absatz 2 Satz 2“ durch die Angabe „§18g Absatz 1 Satz 2“ ersetzt und nach dem Komma am Ende das Wort „oder“ angefügt.

ccc) Nach Buchstabe b wird folgender Buchstabe c angefügt:

„c) gemäß § 18g Absatz 2 über durch Berufserfahrung erlangte Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten auf akademischem Niveau verfügt, die zur Ausübung einer qualifikationsangemessenen Beschäftigung erforderlich sind,“

19. § 42 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nummer 3 wird die Angabe „und 18b“ durch die Wörter „18b und 18g Absatz 1 sowie für Beschäftigungen eines Inhabers einer Blauen Karte EU nach § 18g Absatz 2“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 5 werden die Wörter „zum Zweck der Saisonbeschäftigung“ durch die Wörter „der Bundesagentur für Arbeit“ ersetzt.

bb) In Absatz 2 wird nach Nummer 6 folgende Nummer 7 angefügt:

„7. Fälle, in denen ein Arbeitgeber, der in schwerwiegender Weise Rechtspflichten in Bezug auf die Beschäftigung, insbesondere arbeits-, sozialversicherungs- oder steuerrechtliche Pflichten, verletzt hat, von der Möglichkeit ausgeschlossen werden kann, dass die Bundesagentur für Arbeit eine Zustimmung oder Arbeitserlaubnis für die Beschäftigung eines Ausländers bei diesem Arbeitgeber erteilt.“

20. In § 44 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a wird hinter der Angabe „18d,“ die Angabe „18g,“ eingefügt.

21. § 52 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 2a wird folgender Absatz 2b eingefügt:

„(2b) Eine Blaue Karte EU kann widerrufen werden, wenn

1. die Voraussetzungen der Erteilung nicht mehr erfüllt sind,
10. der Inhaber einer Blauen Karte EU der zuständigen Ausländerbehörde die nach § 82 Absatz 1 Satz 6 und Absatz 6 Satz 1 erforderlichen Mitteilungen nicht oder nicht rechtzeitig macht,
11. der Inhaber der Blauen Karte EU gegen Vorschriften eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union über die Mobilität von Inhabern einer Blauen Karte EU im Anwendungsbereich der Richtlinie (EU) 2021/1883 verstoßen hat.

Wird die Blaue Karte EU widerrufen, so ist zugleich der dem Familienangehörigen erteilte Aufenthaltstitel zu widerrufen, es sei denn, dem Familienangehörigen steht ein eigenständiger Anspruch auf einen Aufenthaltstitel zu.“

b) Nach Absatz 2b wird folgender Absatz 2c eingefügt:

„(2c) Die Blaue Karte EU eines Ausländers, der zum Zweck der langfristigen Mobilität für Inhaber einer Blauen Karte EU in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union zieht, wird so lange nicht widerrufen, bis dieser andere Mitgliedstaat über den Antrag auf langfristige Mobilität entschieden hat.“

22. In § 58 Absatz 1b wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

„Gleiches gilt, wenn ein Ausländer zuletzt Inhaber einer von der zuständigen Behörde ausgestellten Blauen Karte EU war, die erloschen ist, und in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union international Schutzberechtigter ist.“

23. In § 66 Absatz 2 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

„Wird in den Fällen des § 18i der Antrag auf Erteilung einer Blauen Karte EU abgelehnt, weil die Bedingungen für die Ausübung der langfristigen Mobilität nicht vorliegen, haftet neben dem Inhaber der Blauen Karte EU der Arbeitgeber für die in Absatz 1 bezeichneten Kosten.“

24. In § 71 Absatz 1 Satz 5 wird nach der Angabe „18f,“ die Angabe „18g,“ eingefügt.

25. In § 72 Absatz 7 wird nach der Angabe „18c Absatz 3“ ein Komma und die Angabe „des § 18g“ eingefügt.

26. § 75 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 5 wird die Angabe „Artikel 22 Absatz 1 der Richtlinie 2009/50/EG“ durch die Angabe „Artikel 28 der Richtlinie (EU) 2021/1883“ ersetzt.
- b) In Nummer 10 werden die Wörter „hierbei wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durch einen Beirat für Forschungsmigration unterstützt;“ durch die Wörter „das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird durch einen Beirat bei der Durchführung seiner Aufgaben in der Forschungsmigration und der Fachkräfteeinwanderung unterstützt;“ ersetzt.

27. § 81 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Wenn der Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug zu einem Inhaber einer ICT-Karte, einer Mobiler-ICT-Karte oder einer Blauen Karte EU gleichzeitig mit dem Antrag auf Erteilung einer ICT-Karte, einer Mobiler-ICT-Karte oder einer Blauen Karte EU gestellt wird, so wird über den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Familiennachzugs gleichzeitig mit diesem Antrag entschieden. War der Inhaber der Blauen Karte EU unmittelbar vor der Erteilung der Blauen Karte EU im Besitz einer Blauen Karte EU, die ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellt hat und wird der Antrag zwar gleichzeitig gestellt, aber die Familienangehörigen im Sinne des § 29 Absatz 1 Satz 2 reisen erst in das Bundesgebiet ein, nachdem die Blaue Karte EU erteilt wurde, ist die Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Familiennachzugs spätestens 30 Tage nach der Einreichung des vollständigen Antrags zu erteilen. In begründeten Ausnahmefällen kann die Frist um 30 Tage verlängert werden.“

b) Nach Absatz 6 wird folgender Absatz 6a eingefügt:

„(6a) Ist der Ausländer im Besitz einer Blauen Karte EU, die ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellt hat, wird die Entscheidung über den Antrag auf Erteilung einer Blauen Karte EU dem Antragsteller und dem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union spätestens 30 Tage nach dem Tag der Einreichung des vollständigen Antrags mitgeteilt. In begründeten Ausnahmefällen kann die Frist um 30 Tage verlängert werden. Der Antragsteller ist spätestens 30 Tage nach dem Tag der Einreichung des vollständigen Antrags von der Verlängerung in Kenntnis zu setzen. Spätestens 30 Tage nach dem Tag der Einreichung des vollständigen Antrags darf der Inhaber der Blauen Karte EU die Beschäftigung ausüben, soweit eine erforderliche Berufsausübungserlaubnis vorliegt.“

28. In § 81a Absatz 1 werden die Wörter und „und 18c Absatz 3“ durch ein Komma und die Wörter „18c Absatz 3 und § 18g“ ersetzt.

29. § 82 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 5 wird die Angabe „§ 19b“ durch die Angabe „§ 19“ ersetzt.

b) Nach Satz 5 wird folgender Satz angefügt:

„Der Inhaber einer Blauen Karte EU ist während der ersten zwölf Monate seit der Aufnahme der Beschäftigung mit der Blauen Karte EU verpflichtet, der zuständigen Ausländerbehörde jeden Wechsel des Arbeitgebers und jede Änderung mitzuteilen, die Auswirkungen auf die Voraussetzungen für die Erteilung einer Blauen Karte EU hat.“

30. § 91f wird wie folgt gefasst:

„§ 91f

Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie (EU) 2021/1883 innerhalb der Europäischen Union

(2) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist nationale Kontaktstelle im Sinne des Artikels 28 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2021/1883.

(3) Die für aufenthalts- und passrechtliche Maßnahmen sowie die für Visaangelegenheiten nach diesem Gesetz zuständigen Behörden können über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Ersuchen um Auskunft an zuständige Stellen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union richten, soweit dies erforderlich ist, um die Voraussetzungen der kurzfristigen Mobilität gemäß Artikel 20 der Richtlinie (EU) 2021/1883, der langfristigen Mobilität gemäß Artikel 21 der Richtlinie (EU) 2021/1883 oder die Voraussetzungen für die Erteilung der Blauen Karte EU zu prüfen. Sie können hierzu

12. die Personalien des Ausländers,
13. Angaben zu seinem Identitäts- und Reisedokument und zu seinem im anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellten Aufenthaltstitel sowie
14. Angaben zum Gegenstand des Antrags auf Erteilung des Aufenthaltstitels und zum Ort der Antragstellung

übermitteln und aus besonderem Anlass den Inhalt der erwünschten Auskünfte genauer bezeichnen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge leitet eingegangene Auskünfte an die für aufenthalts- und passrechtliche Maßnahmen sowie die für Visaangelegenheiten nach diesem Gesetz zuständigen Behörden weiter. Die Daten, die in den Auskünften der zuständigen Stellen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union übermittelt werden, dürfen die für aufenthalts- und passrechtliche Maßnahmen sowie die für Visaangelegenheiten nach diesem Gesetz zuständigen Behörden zu diesem Zweck verarbeiten.

(4) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unterrichtet die zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, in dem der Ausländer eine Blaue Karte EU besitzt, von Amts wegen über eine Entscheidung zur Erteilung einer Blauen Karte EU nach § 18g. Hierzu werden folgende Daten übermittelt:

15. die Daten nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 und 2 und
16. Inhalt, Tag und Ort der Entscheidung über die Blaue Karte EU.

Wird die Erteilung einer Blauen Karte EU abgelehnt, übermittelt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union zudem die Ablehnungsgründe, wenn der Antragsteller falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung der Blauen Karte EU gemacht hat oder er eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, öffentliche Ordnung oder die öffentliche Gesundheit darstellt. Die Behörde, die die Entscheidung nach Satz 1 getroffen hat, übermittelt dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unverzüglich die Daten nach Satz 2. Im Falle der Ablehnung der Erteilung einer Blauen Karte EU übermittelt sie dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zudem folgende Daten:

1. die Daten nach Satz 3,
den Zeitpunkt, zu dem ihr die vollständigen Antragsunterlagen vorlagen, und
eine Mitteilung, ob sie die Bearbeitungsfrist gemäß § 81 Absatz 6a Satz 2 um 30 Tage verlängert hat.

(5) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erteilt der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union auf Ersuchen die erforderlichen Auskünfte, um den zuständigen Behörden des anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union eine Prüfung zu ermöglichen, ob die Voraussetzungen der kurzfristigen Mobilität gemäß Artikel 20 der Richtlinie (EU) 2021/1883, der langfristigen Mobilität gemäß Artikel 21 der Richtlinie (EU) 2021/1883 oder die Voraussetzungen für die Erteilung der Blauen Karte EU vorliegen. Die Auskünfte umfassen:

17. die Personalien des Ausländers und Angaben zum Identitäts- und Reisedokument,
18. Angaben zu seinem gegenwärtigen und früheren Aufenthaltsstatus in Deutschland,
19. Angaben zu abgeschlossenen oder der Ausländerbehörde bekannten strafrechtlichen Ermittlungsverfahren,
20. sonstige den Ausländer betreffende Daten, sofern sie im Ausländerzentralregister gespeichert werden oder die aus der Ausländer- oder Visumakte hervorgehen, sofern der andere Mitgliedstaat der Europäischen Union um ihre Übermittlung ersucht hat.

Die für aufenthalts- und passrechtliche Maßnahmen sowie die für Visaangelegenheiten nach diesem Gesetz zuständigen Behörden übermitteln hierzu dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf dessen Ersuchen die für die Erteilung der Auskunft erforderlichen Angaben.

(6) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übermittelt die Daten, die es von einer zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union zu einem Ausländer erhält, der Inhaber einer Blauen Karte EU nach § 18g ist und sein Recht auf kurzfristige oder langfristige Mobilität nach der Richtlinie (EU) 2021/1883 in diesem anderen Mitgliedstaat ausübt, von Amts wegen an die jeweils zuständige Ausländerbehörde.

(8) Die Auslandsvertretungen und die Ausländerbehörden können über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Ersuchen um Auskunft an zuständige Stellen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union richten, soweit dies erforderlich ist, um die Voraussetzungen der Erteilung einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU zu prüfen. Sie können hierzu die Daten nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 bis 3 übermitteln und aus besonderem Anlass den Inhalt der erwünschten Auskünfte genauer bezeichnen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge leitet eingegangene Auskünfte an die zuständigen Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen weiter. Die Daten, die in den Auskünften der zuständigen Stellen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union übermittelt werden, dürfen die Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen zu diesem Zweck verarbeiten.

(9) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erteilt der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union auf Ersuchen die erforderlichen Auskünfte, um den zuständigen Behörden des anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union eine Prüfung zu ermöglichen, ob die Voraussetzungen für die Erteilung der Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten vorliegen. Die Auskünfte umfassen die Daten nach Absatz 4 Satz 2 Nummer 1 bis 4. Die Ausländerbehörden und die Auslandsvertretungen übermitteln hierzu dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf dessen Ersuchen die für die Erteilung der Auskunft erforderlichen Angaben.

(7) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge leitet von Amts wegen Auskunftersuchen der Ausländerbehörden über das Fortbestehen des internationalen Schutzes im Sinne von § 2 Absatz 13 in einem anderen Mitgliedstaat an die zuständigen Stellen des betroffenen Mitgliedstaates der Europäischen Union weiter. Hierzu übermittelt die jeweils zuständige Ausländerbehörde dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die erforderlichen Angaben. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge leitet die auf die Anfragen eingehenden Antworten an die jeweils zuständige Ausländerbehörde weiter.

(8) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gibt den zuständigen Stellen der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf Ersuchen innerhalb eines Monats nach Eingang des Ersuchens Auskunft darüber, ob ein Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin die Rechtsstellung eines international Schutzberechtigten genießt.

(9) Wird dem Inhaber einer von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellten Blaue Karte EU in der Bundesrepublik Deutschland internationaler Schutz im Sinne von § 2 Absatz 13 gewährt, so ersucht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die zuständige Stelle des anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, in die dort ausgestellte Blaue Karte EU den Hinweis aufzunehmen, dass Deutschland dieser Person internationalen Schutz gewährt.

(10) Enthält die durch einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellte Blaue Karte EU eines international Schutzberechtigten den Hinweis, dass dieser Staat dieser Person internationalen Schutz gewährt, und ist die Verantwortung für den internationalen Schutz im Sinne von § 2 Absatz 13 nach Maßgaben der einschlägigen Rechtsvorschriften auf die Bundesrepublik Deutschland übergegangen, so ersucht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die zuständige Stelle des anderen Mitgliedstaates, den Hinweis in der Blauen Karte EU entsprechend zu ändern.

(11) Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge können die Daten, die für die Unterrichtung und Einholung von Auskünften bei den zuständigen Stellen der anderen Mitgliedstaaten nach den voranstehenden Absätzen erforderlich sind, durch die Ausländerbehörden aus dem Ausländerzentralregister unter Nutzung der AZR-Nummer automatisiert übermittelt werden.

(12) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übermittelt den zuständigen Organen der Europäischen Union jährlich, erstmalig spätestens zum 18. November 2025, die Daten, die nach der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und

internationalen Schutz und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer (ABl. L 199 vom 31.7.2007, S. 23) und unter Beachtung von Artikel 25 der Richtlinie (EU) 2021/1883 im Zusammenhang mit der Erteilung von Blauen Karten EU zu übermitteln sind.

(13) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übermittelt den zuständigen Organen der Europäischen Union mindestens einmal jährlich und bei jeder Änderung

1. die festgelegten Faktoren zur Berechnung der Gehaltsschwellen gemäß § 18g Absatz 1 und Absatz 2 und die sich daraus ergebenden Nominalbeträge,
 2. das Verzeichnis der Berufe, für die gemäß § 18g Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 eine geringere Gehaltsschwelle gilt,
 3. eine Liste der geschäftlichen Tätigkeiten, die während einer Geschäftsreise nach § 18h zulässig sind,
 4. Informationen über die Anwendung der Vorrangprüfung bei Inhabern einer Blauen Karte EU, sowie
 5. eine Liste von Staaten und Berufen, für die die Bundesrepublik Deutschland aus ethischen Gründen die Erteilung einer Blauen Karte EU ablehnt.“
31. In § 99 Absatz 1 Nummer 3a Buchstabe e werden nach dem Wort „Forschungsmigration“ die Wörter „und Fachkräfteeinwanderung“ eingefügt.
32. In § 105a wird jeweils nach der Angabe „§ 99 Absatz 1 bis 4“ die Angabe „, mit Ausnahme von § 99 Absatz 1 Nummer 3a,“ eingefügt.

Artikel 2

Weitere Änderung des Aufenthaltsgesetzes

Das Aufenthaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 20 wird wie folgt gefasst:
„§ 20 Arbeitsplatzsuche im Anschluss an Aufenthalte im Bundesgebiet“.
 - b) Nach der Angabe zu § 20 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 20a Chancenkarte“.
 - c) Nach der Angabe zu § 45a wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 45b Beratungsangebot; Verordnungsermächtigung“.
2. § 4a wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 wird Satz 3 wie folgt gefasst:

„Bedarf die Erlaubnis nicht der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit, gelten § 39 Absatz 4 für die Erteilung der Erlaubnis und § 40 Absatz 2 oder Absatz 3 für die Versagung der Erlaubnis entsprechend.“

b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Ein Ausländer, der keinen Aufenthaltstitel besitzt, darf eine kontingentierte kurzzeitige Beschäftigung oder eine Saisonbeschäftigung nach der Beschäftigungsverordnung nur ausüben, wenn er dafür eine Arbeitserlaubnis der Bundesagentur für Arbeit besitzt, sowie eine andere Erwerbstätigkeit nur ausüben, wenn er auf Grund einer zwischenstaatlichen Vereinbarung, eines Gesetzes oder einer Rechtsverordnung ohne Aufenthaltstitel hierzu berechtigt ist oder deren Ausübung ihm durch die zuständige Behörde erlaubt wurde.“

c) In Absatz 5 Satz 3 Nummer 2 werden die Wörter „zum Zweck der Saisonbeschäftigung“ durch die Wörter „der Bundesagentur für Arbeit“ ersetzt.

3. § 16a wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

Eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der betrieblichen Aus- und Weiterbildung oder einer Assistenz- oder Helferausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf kann erteilt werden, wenn die Bundesagentur für Arbeit nach § 39 zugestimmt hat oder durch die Beschäftigungsverordnung oder zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist, dass die Aus- und Weiterbildung ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zulässig ist.

b) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst und der folgende Satz 3 angefügt:

„Während des Aufenthalts nach Satz 1 darf eine Aufenthaltserlaubnis nicht für Beschäftigungen nach § 19c Absatz 1 in Verbindung mit einer Regelung der Beschäftigungsverordnung für vorübergehende Beschäftigungen erteilt werden. § 9 findet keine Anwendung, es sei denn, der Ausländer war vor Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach Satz 1 im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach §§ 18a oder 18b.“

c) An Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Absatz 1 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.“

4. § 16b wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 wird Satz 1 durch folgende Sätze ersetzt:

„Die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis beträgt bei der Ersterteilung in der Regel zwei Jahre und soll eine Mindestdauer von einem Jahr nicht unterschreiten. Bei der Verlängerung beträgt sie mindestens ein Jahr und soll zwei Jahre nicht überschreiten.“

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt nach Maßgabe der folgenden Sätze nur zur Ausübung von Beschäftigungen, die insgesamt bis zu 140 Arbeitstage im Jahr nicht überschreiten dürfen (Arbeitstagekonto). Studentische Nebentätigkeiten

werden nicht angerechnet. Teilzeitbeschäftigungen können nach Wahl des Ausländers wie folgt angerechnet werden:

6. Die Beschäftigungen können für jeden Tag, an dem die Arbeitszeit bis zu vier Stunden beträgt, als halber Arbeitstag, ansonsten als voller Arbeitstag auf das Arbeitstagekonto angerechnet werden, oder
7. die Beschäftigungen können je Kalenderwoche
 - a) während der Vorlesungszeit, wenn sie bis zu 20 Stunden je Kalenderwoche ausgeübt werden, und
 - b) außerhalb der Vorlesungszeit

unabhängig von der Verteilung der Arbeitszeit als zweieinhalb Arbeitstage auf das Arbeitstagekonto angerechnet werden. Für jede Kalenderwoche hat der Ausländer zu wählen, ob er die Berechnung nach Satz 3 Nummer 1 oder Nummer 2 wählt.“

- c) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Während des Aufenthalts nach Absatz 1 darf eine Aufenthaltserlaubnis nicht für Beschäftigungen nach § 19c Absatz 1 in Verbindung mit einer Regelung der Beschäftigungsverordnung für vorübergehende Beschäftigungen erteilt werden.“

- d) In Absatz 5 wird Satz 3 durch folgenden Satz ersetzt:

„In den Fällen des Satzes 1 Nummer 2 und 3 sind die Absätze 2 bis 4 entsprechend anzuwenden.“

5. In § 16c Absatz 2 wird Satz 3 wie folgt gefasst:

„Während des Aufenthalts nach Absatz 1 findet § 16b Absatz 3 mit der Maßgabe Anwendung, dass der Ausländer bei einer kürzeren Aufenthaltsdauer als 360 Tage nur für die Zahl der entsprechend anteilig gekürzten zulässigen Arbeitstage des Arbeitstagekontos berechtigt ist.“

6. § 16d wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden in Satz 3 die Wörter „18 Monate erteilt und um längstens sechs Monate bis zu einer Höchstaufenthaltsdauer von zwei“ durch die Wörter „24 Monate erteilt und um längstens zwölf Monate bis zu einer Höchstaufenthaltsdauer von drei“ und in Satz 4 wird das Wort „zehn“ durch die Zahl „20“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 werden die Wörter „ein konkretes Arbeitsplatzangebot für eine spätere Beschäftigung in dem anzuerkennenden oder von der beantragten Berufsausübungserlaubnis erfassten Beruf vorliegt und“ gestrichen.
- c) In Absatz 3 wird das Wort „zwei“ durch das Wort „drei“ ersetzt.
- d) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:

„(3a) Einem Ausländer soll zur Durchführung eines Verfahrens zur Anerkennung seiner im Ausland erworbenen Berufsqualifikation mit begleitender Ausübung einer qualifizierten Beschäftigung eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn

1. der Ausländer

- c) über eine ausländische Berufsqualifikation verfügt, die von dem Staat, in dem sie erworben wurde, staatlich anerkannt ist und deren Erlangung eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren vorausgesetzt hat, oder
- d) einen ausländischen Hochschulabschluss besitzt, der von dem Staat, in dem er erworben wurde, staatlich anerkannt ist und
- 8. ein konkretes Arbeitsplatzangebot für eine qualifizierte Beschäftigung vorliegt,
- 9. sich aus einer zwischen dem Ausländer und dem Arbeitgeber zu schließenden Vereinbarung ergibt, dass
 - a) sich der Ausländer verpflichtet, spätestens nach der Einreise bei der im Inland nach den Regelungen des Bundes oder der Länder für die berufliche Anerkennung zuständigen Stelle unverzüglich das Verfahren zur Anerkennung seiner im Ausland erworbenen Berufsqualifikation einzuleiten, und
 - b) sich der Arbeitgeber gegenüber dem Ausländer verpflichtet, ihm die Wahrnehmung der von der zuständigen Stelle zur Anerkennung seiner Berufsqualifikation geforderten Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen des Arbeitsverhältnisses zu ermöglichen,

10. der Arbeitgeber für eine Ausbildung oder Nachqualifizierung geeignet ist,

- 11. der Ausländer über die der angestrebten Tätigkeit entsprechende, mindestens jedoch hinreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügt und
- 12. die Bundesagentur für Arbeit nach § 39 zugestimmt hat oder durch die Beschäftigungsverordnung oder zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist, dass die Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zulässig ist.

Wird die Aufenthaltserlaubnis im Bundesgebiet beantragt, so kann die Ausländerbehörde verlangen, dass der Antragsteller das Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a) oder b) von [Bezeichnung der Behörde] bestätigen lässt. Die Aufenthaltserlaubnis wird bei erstmaliger Erteilung für die Dauer der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit, höchstens jedoch für ein Jahr erteilt. Die Aufenthaltserlaubnis kann auf bis zu **drei vier** Jahre verlängert werden. Nach zeitlichem Ablauf des Höchstzeitraumes der Aufenthaltserlaubnis darf keine Aufenthaltserlaubnis nach § 16d und § 19c Absatz 1 in Verbindung mit einer Regelung der Beschäftigungsverordnung für vorübergehende Beschäftigungen erteilt werden. § 9 findet keine Anwendung. Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt nur zur Ausübung der Beschäftigung nach Nummer 2 sowie zu einer Nebenbeschäftigung von bis zu zehn Stunden je Woche **beim Arbeitgeber nach Satz 1 Nr. 3.**“

d*) In Abs. 4 Satz 1 wird nach dem Wort „Herkunftsland“ folgender Satzteil eingeschoben „oder auf Grund einer Absprache eines deutschen Arbeitgebers mit einem Personalvermittlungsdienstleister Im Herkunftsland“.

- e) In Absatz 4 Satz 3 wird das Wort „zehn“ durch die Zahl „20“ ersetzt.

- f) In Absatz 5 wird Satz 2 durch folgenden Satz ersetzt:

„Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt nicht zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.“

- g) Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Einem Ausländer kann zum Zweck der Feststellung seiner maßgeblichen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten, die zur Feststellung der Gleichwertigkeit seiner im Ausland erworbenen Berufsqualifikation erforderlich sind (Qualifikationsanalyse) eine Aufenthaltserlaubnis von bis zu sechs Monaten erteilt werden. Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis setzt voraus, dass

13. die zuständige Stelle entschieden hat, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für ein sonstiges Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation vorliegen und die Durchführung einer Qualifikationsanalyse zugesagt wurde,
14. der Ausländer eine im Ausland erworbene Berufsqualifikation, die ihn zu einer qualifizierten Beschäftigung befähigt, glaubhaft machen kann,
15. ein konkretes Arbeitsplatzangebot für eine Beschäftigung nach Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation vorliegt und
16. der Ausländer über deutsche Sprachkenntnisse, die der abzulegenden Qualifikationsanalyse entsprechen, in der Regel jedoch mindestens über hinreichende deutsche Sprachkenntnisse, verfügt.

Absatz 1 Satz 4 und Absatz 2 gelten entsprechend für eine Nebenbeschäftigung beim Arbeitgeber nach Satz 2 Nr. 3. Stellt die zuständige Stelle nach Durchführung des Verfahrens fest, dass Anpassungs- oder Ausgleichsmaßnahmen erforderlich sind, kann der Aufenthalt nach Absatz 1 oder Absatz 3 fortgesetzt werden, sofern die dort jeweils genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Eine Anrechnung der Dauer des Aufenthalts nach Satz 1 auf die in den Absätzen 1 oder 3 genannte Höchstaufenthaltsdauer erfolgt nicht.“

7. In § 16f Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „zur Teilnahme an einem Sprachkurs nach Absatz 1 oder“ gestrichen und Satz 4 durch folgende Sätze ersetzt:

„Die Aufenthaltserlaubnis nach Absatz 1 zur Teilnahme an einem Sprachkurs berechtigt nur zur Ausübung einer Beschäftigung bis zu zwanzig Stunden je Woche. Die Aufenthaltserlaubnis nach Absatz 1 zur Teilnahme an einem Schüleraustausch und die Aufenthaltserlaubnis nach Absatz 2 berechtigen nicht zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.“

8. § 17 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 werden die Wörter „25. Lebensjahr“ durch die Wörter „27. Lebensjahr“ ersetzt.

- b) In Absatz 3 werden die Sätze 2 und 3 durch folgenden Satz ersetzt:

„Während des Aufenthalts nach Absatz 1 und 2 soll in der Regel eine Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Aufenthaltswert nur nach den §§ 16a, 16b, 18a, 18b oder 19c Absatz 2 oder in Fällen eines gesetzlichen Anspruchs erteilt werden.“

9. § 18 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Sätze 2 und 3 wie folgt gefasst:

„Die besonderen Möglichkeiten für ausländische Fach- und Arbeitskräfte dienen der Sicherung der Fach- und Arbeitskräftebasis und der Stärkung der sozialen Sicherungssysteme. Sie sind ausgerichtet auf die nachhaltige Integration von Fachkräften sowie Arbeitskräften mit ausgeprägter Berufserfahrung in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft unter Beachtung der Interessen der öffentlichen Sicherheit.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 4 wird das Wort „und“ am Ende gestrichen.

bb) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 4a eingefügt:

„4a. der Ausländer und der Arbeitgeber versichern, dass die Beschäftigung tatsächlich ausgeübt werden soll, und“.

cc) Nummer 5 wird wie folgt geändert:

aaa) In Satz 1 wird nach der Angabe „§ 18b“ die Angabe „Absatz 1“ gestrichen.

bbb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Von den Voraussetzungen nach Satz 1 kann abgesehen werden, wenn ein öffentliches, insbesondere ein regionales, wirtschaftliches oder arbeitsmarktpolitisches Interesse an der Beschäftigung des Ausländers besteht, insbesondere wenn die Gehaltsschwelle nur geringfügig unterschritten oder die Altersgrenze nur geringfügig überschritten wird.“

10. § 18a wird wie folgt gefasst:

„§ 18a

Fachkräfte mit Berufsausbildung

Einer Fachkraft mit Berufsausbildung kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung jeder qualifizierten Beschäftigung erteilt werden. Einer Fachkraft, die über eine inländische qualifizierte Berufsausbildung verfügt, kann eine solche Aufenthaltserlaubnis ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erteilt werden. Fachkräften mit einer Berufsausbildung in einem von der Bundesagentur für Arbeit festgestellten Engpassberuf im Bereich der Daseinsvorsorge soll die Aufenthaltserlaubnis bei nachgewiesenem Bedarf durch den Arbeitgeber stets erteilt werden.“

11. § 18b wird wie folgt gefasst:

„§ 18b

Fachkräfte mit akademischer Ausbildung

Einer Fachkraft mit akademischer Ausbildung kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung jeder qualifizierten Beschäftigung erteilt werden. Einer Fachkraft mit akademischer Ausbildung, die über einen inländischen Hochschulabschluss verfügt, kann eine solche Aufenthaltserlaubnis stets ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erteilt werden. **Fachkräften mit einer akademischen Ausbildung in einem von der Bundesagentur für Arbeit festgestellten Engpassberuf in der Daseinsvorsorge soll die Aufenthaltserlaubnis bei nachgewiesenem Bedarf durch den Arbeitgeber stets erteilt werden.**“

12. § 18c Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird das Wort „vier“ durch das Wort „drei“ ersetzt.
 - b) In Nummer 3 wird die Zahl „48“ durch die Zahl „36“ ersetzt.
13. In § 19d Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a werden nach dem Wort „Ausbildungsberuf“ ein Komma und die Wörter „eine nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften geregelte, staatlich anerkannte Ausbildung in einer Pflegehilfstätigkeit“ eingefügt.
14. § 20 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
„Arbeitsplatzsuche im Anschluss an Aufenthalte im Bundesgebiet“.
 - b) Absatz 1 und 2 werden aufgehoben.
 - c) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 1 und 2.
 - d) Der neue Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „Zur Suche nach einem Arbeitsplatz, zu dessen Ausübung seine Qualifikation befähigt,“ durch die Wörter „Zur Suche nach einer Erwerbstätigkeit“, die Wörter „der Arbeitsplatz“ durch die Wörter „die Tätigkeit“ sowie das Wort „besetzt“ durch das Wort „ausgeübt“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 1 werden die Wörter „für bis zu 18 Monate“ gestrichen.
 - cc) In Nummer 2 werden die Wörter „für bis zu neun Monate“ gestrichen.
 - dd) In Nummer 3 werden die Wörter „für bis zu zwölf Monate“ und das Wort „oder“ gestrichen.
 - ee) Nummer 4 wird wie folgt geändert:
 - aaa) Die Wörter „für bis zu zwölf Monate“ werden gestrichen.
 - bbb) Am Ende wird das Wort „oder“ angefügt.
 - ff) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 5 eingefügt:
„5. wird einem Ausländer nach erfolgreichem Abschluss einer Assistenz- oder Helferausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar

geregelten Ausbildungsberuf im Bundesgebiet eine Aufenthaltserlaubnis erteilt,“.

e) Der neue Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „nach den Absätzen 1 bis 3“ durch die Wörter „nach Absatz 1“ ersetzt.

bb) Die Sätze 2 und 3 werden durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Sie wird in den Fällen des Absatz 1 Nummer 1 bis 4 für einen Zeitraum von 18 Monaten und in den Fällen des Absatz 1 Nummer 5 für einen Zeitraum von zwölf Monaten erteilt. Die Verlängerung nach Absatz 1 über diese Zeiträume hinaus ist ausgeschlossen.“

15. Nach § 20 wird folgender § 20a eingefügt:

„§ 20a

Chancenkarte

(1) Einem Ausländer kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Suche nach einer Erwerbstätigkeit oder nach Maßnahmen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (Chancenkarte) erteilt werden, wenn er

17. eine Fachkraft ist oder

18. mindestens sechs Punkte nach Maßgabe der Absätze 3 bis 6 erreicht.

(10) Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis setzt die Lebensunterhaltssicherung voraus. Einem Ausländer, der sich bereits im Bundesgebiet aufhält, darf eine Chancenkarte nur erteilt werden, wenn er im Besitz eines Aufenthaltstitels nach Abschnitt 3 oder 4 ist. Eine Chancenkarte nach Absatz 1 Nummer 2 kann nur erteilt werden, wenn der Ausländer über hinreichende deutsche Sprachkenntnisse oder englische Sprachkenntnisse auf dem Niveau **C1 B1** des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen verfügt und er

1. eine ausländische Berufsqualifikation hat, die von dem Staat, in dem sie erworben wurde, staatlich anerkannt ist und deren Erlangung eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren vorausgesetzt hat, oder

2. einen ausländischen Hochschulabschluss hat, der in dem Staat, in dem er erworben wurde, staatlich anerkannt ist.

Wird die Aufenthaltserlaubnis im Bundesgebiet beantragt, so kann die Ausländerbehörde verlangen, dass der Antragsteller das Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 3 Nummer 1 oder 2 von [Bezeichnung der Behörde] bestätigen lässt.

(11) Vier Punkte erhält der Ausländer, wenn er eine ausländische Berufsqualifikation hat, für die eine nach den Regelungen des Bundes oder der Länder für die berufliche Anerkennung zuständige Stelle festgestellt hat, dass Anpassungs- oder Ausgleichsmaßnahmen oder weitere Qualifikationen

1. für die Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation mit einer inländischen Berufsqualifikation oder
2. in einem im Inland reglementierten Beruf für die Erteilung der Berufsausübungserlaubnis

erforderlich sind. Absatz 2 Satz 3 Nummer 1 und 2 finden in diesen Fällen keine Anwendung.

(12) Drei Punkte erhält der Ausländer jeweils für die Erfüllung der folgenden Sachverhalte:

1. Er verfügt über gute deutsche Sprachkenntnisse, oder
2. er hat nach Erwerb einer Berufsqualifikation oder eines Hochschulabschlusses nach Absatz 2 Satz 3 Nummer 1 und 2 in den letzten sieben Jahren mindestens drei Jahre im Zusammenhang mit der Berufsqualifikation stehende einschlägige Berufserfahrung erworben.

(13) Zwei Punkte erhält der Ausländer jeweils für die Erfüllung der folgenden Sachverhalte:

1. Er verfügt über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse,
2. er hat nach dem Erwerb einer Berufsqualifikation oder eines Hochschulabschlusses nach Absatz 2 Satz 3 Nummer 1 und 2 in den letzten fünf Jahren mindestens zwei Jahre im Zusammenhang mit der Berufsqualifikation stehende einschlägige Berufserfahrung erworben, oder
3. er ist nicht älter als 35 Jahre.

Satz 1 Nummer 1 findet keine Anwendung, wenn der Ausländer bereits Punkte nach Absatz 4 Nummer 1 erhält. Satz 1 Nummer 2 findet keine Anwendung, wenn der Ausländer bereits Punkte nach Absatz 4 Nummer 2 erhält.

(14) Einen Punkt erhält der Ausländer jeweils für die Erfüllung der folgenden Sachverhalte:

1. Er hat sich in den vergangenen fünf Jahren mindestens sechs Monate lang rechtmäßig und ununterbrochen im Bundesgebiet aufgehalten; Unterbrechungen, die nicht dazu geführt haben, dass sich bei einer Gesamtbetrachtung der räumliche Schwerpunkt des Aufenthalts weiterhin im Bundesgebiet befunden hatte, sind unschädlich,
2. er ist älter als 35 Jahre, aber nicht älter als 40 Jahre, oder
3. es liegt die Erklärung einer natürlichen Person vor, die
 - a) sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält,
 - b) sich in Textform und ohne damit verbundener Gewinnerzielungsabsicht bereit erklärt, die Eingliederung des Ausländers in Arbeitsmarkt und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen und

- c) diese Erklärung nicht bereits für mehr als einen gegenwärtigen Inhaber einer Chancenkarte abgegeben hat.

Zum Nachweis der Voraussetzungen nach Satz 1 genügt regelmäßig die Versicherung der natürlichen Person, dass diese vorliegen. Dies oder der Fortbestand der Voraussetzungen kann aus besonderem Anlass überprüft werden.

(15) Die Chancenkarte berechtigt nur zur Ausübung von Beschäftigungen bis zu zwanzig Stunden je Woche sowie für jeweils bis zu zwei Wochen von zeitlich unbegrenzten Probebeschäftigungen. Die Beschränkung der Beschäftigung auf 20 Stunden je Woche kann nach freiem Ermessen [Platzhalter für Behörde] auf eine Beschäftigung von bis zu 40 Stunden je Woche verlängert werden. Eine Probebeschäftigung nach Satz 1 muss jeweils entweder qualifiziert sein, auf eine Ausbildung abzielen oder geeignet sein, im Rahmen einer Maßnahme nach § 16d aufgenommen zu werden.

(16) Die Chancenkarte wird für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr zwei Jahren erteilt. Die Verlängerung ist ausgeschlossen. Eine Chancenkarte kann erneut nur erteilt werden, wenn sich der Ausländer zuvor mindestens ein halbes Jahr so lange im Ausland oder erlaubt im Bundesgebiet aufgehalten hat, wie er sich zuvor auf der Grundlage einer Chancenkarte im Bundesgebiet aufgehalten hatte. § 9 findet keine Anwendung.

(17) Das Bundesministerium des Innern und für Heimat wird ermächtigt, zur Steuerung der Erwerbsmigration im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Anzahl der Chancenkarten, die Ausländern erteilt werden, die sich noch nicht im Bundesgebiet aufhalten, jährlich oder unterjährig zu begrenzen. Bei der Begrenzung sollen arbeitsmarkt- und integrationspolitische Erwägungen, die Kapazitäten der beteiligten Behörden und die Dauer der Visumverfahren zugrunde gelegt werden.“

16. § 39 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a) wird die Angabe „, zu der ihre Qualifikation sie befähigt,“ gestrichen.
- b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn die Bundesagentur für Arbeit für einzelne Berufe oder Beschäftigungen festgestellt hat, dass die Besetzung offener Stellen für einen befristeten Zeitraum mit den durch Tarifvertrag oder durch die Bundesagentur für Arbeit festgelegten Arbeitsbedingungen arbeitsmarkt- und integrationspolitisch verantwortbar ist (Globalzustimmung), und der Arbeitgeber ihre Einhaltung zugesichert hat.“
- c) In Absatz 3 Nummer 2 wird nach der Angabe „§§“ die Angabe „16d Absatz 3a,“ eingefügt.
- d) In Absatz 4 werden nach dem Wort „Zustimmung“ die Wörter „oder Arbeitserlaubnis“ eingefügt und die Wörter „Auskunft über Arbeitsentgelt, Arbeitszeiten und sonstige Arbeitsbedingungen“ durch die Wörter „Auskünfte in Bezug auf das Beschäftigungsverhältnis, insbesondere zum Arbeitsentgelt, Arbeitszeiten und

sonstige Arbeitsbedingungen, zu der Sozialversicherungspflicht und zum Erfordernis einer Berufsausübungserlaubnis,“ ersetzt.

e) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

aa) das Wort „gilt“ durch die Angabe „und 4 gelten“ und die Wörter „zum Zweck der Saisonbeschäftigung“ durch die Wörter „der Bundesagentur für Arbeit“ ersetzt.

bb) In Satz 3 werden nach den Wörtern „zum Zweck der Saisonbeschäftigung“ die Wörter „und der kurzzeitigen kontingentierten Beschäftigung“ eingefügt.

17. In § 41 werden die Wörter „zum Zweck der Saisonbeschäftigung“ durch die Wörter „der Bundesagentur für Arbeit“ ersetzt.

18. Nach § 45a wird der folgende Paragraph eingefügt:

„§ 45b

Beratungsangebot; Verordnungsermächtigung

(1) Zur Information und Beratung zu arbeits- und sozialrechtlichen Fragestellungen von Drittstaatsangehörigen wird ab dem 1. Januar 2026 ein bundesweites, unentgeltliches und niedrighschwelliges Beratungsangebot eingerichtet. Es richtet sich sowohl an Drittstaatsangehörige, die sich bereits im Bundesgebiet aufhalten, als auch an Drittstaatsangehörige, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben und im Bundesgebiet arbeiten möchten.

(18) Zuständige Behörde für die Einrichtung der Beratung ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Es kann die Umsetzung der Beratung Dritten übertragen.

(19) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates nähere Einzelheiten der Finanzierung der Beratung, insbesondere das Nähere zur Leistungsgewährung, die Bewilligungsperiode, das Antragsverfahren, die Bedingungen und das Verfahren für die Weiterleitung der Leistung durch Träger an Dritte, die Übertragung der Umsetzung auf einen Dritten, das Nähere zur Kontrolle der Mittelverwendung und die Evaluierung zu regeln.“

19. In § 72 Absatz 7 werden die Wörter „und der §§ 19 bis 19c“ durch ein Komma und die Wörter „der §§ 19 bis 19c und des § 20a“ ersetzt.

20. § 75 Nummer 1 wird wie folgt geändert:

„1. Zentrale Erstansprechstelle für die Bearbeitung von Anfragen betreffend die Einreise und den Aufenthalt insbesondere zum Zweck der Ausbildung und Erwerbstätigkeit einschließlich der Koordinierung des Informationsaustauschs zwischen den zuständigen Behörden und Einrichtungen und der gemeinsamen Entwicklung von Vorschlägen zur Verfahrensoptimierung;“.

21. § 81a Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. soweit erforderlich, das Verfahren

- a) zur Feststellung der Gleichwertigkeit der im Ausland erworbenen Berufsqualifikation oder zur Zeugnisbewertung des ausländischen Hochschulabschlusses,
- b) zur Feststellung, dass der Ausländer über eine ausländische Berufsqualifikation verfügt, die von dem Staat, in dem sie erworben wurde, staatlich anerkannt ist und deren Erlangung eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren vorausgesetzt hat, oder
- c) zur Feststellung, dass der Ausländer über einen Hochschulabschluss verfügt, der von dem Staat, in dem er erworben wurde, staatlich anerkannt ist,

bei der jeweils zuständigen Stelle unter Hinweis auf das beschleunigte Fachkräfteverfahren einzuleiten; soll der Ausländer in einem im Inland reglementierten Beruf beschäftigt werden, ist die Berufsausübungserlaubnis einzuholen,“.

22. In § 98a wird nach Absatz 2 folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem Ausländer das Arbeitsentgelt zu zahlen, das er der Bundesagentur für Arbeit nach § 39 Absatz 4 mitgeteilt hat und das diese für die Erteilung der Zustimmung oder Arbeitserlaubnis zu Grunde gelegt hat.“

Artikel 3

Weitere Änderung des Aufenthaltsgesetzes zum 1. Januar 2026

Das Aufenthaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 45b folgende Angabe eingefügt:

„§ 45c Informationspflicht bei Anwerbung aus dem Ausland“.

2. Nach § 45b wird folgender Paragraph eingefügt:

„§ 45c

Informationspflicht bei Anwerbung aus dem Ausland

Schließt ein Arbeitgeber mit Sitz im Bundesgebiet mit einem Drittstaatsangehörigen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland einen Arbeitsvertrag zur Arbeitsleistung im Inland, hat er den Drittstaatsangehörigen spätestens am ersten Tag der Arbeitsleistung in Textform auf die Möglichkeit einer Information oder Beratung nach § 45b hinzuweisen. Er hat dabei zumindest die aktuellen Kontaktdaten der vom Arbeitsplatz nächstgelegenen Beratungsstelle anzugeben. Die Hinweispflicht des Arbeitgebers entfällt bei einer grenzüberschreitenden Vermittlung im Sinne des § 299 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch.“

Artikel 4

Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

In § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. August 2021 (BGBl. I S. 3538) geändert worden ist, wird nach der Angabe „20,“ die Angabe „20a,“ eingefügt.

Artikel 5

Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

§ 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2094), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2328) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

- „b) deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitsuche, der Ausbildungs- oder Studienplatzsuche oder aus einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20a des Aufenthaltsgesetzes ergibt,“.

Artikel 6

Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch

§ 299 Nummer 10 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2759) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

- „10. die Möglichkeit, die Beratungsdienste der Sozialpartner und staatlicher Stellen in Anspruch zu nehmen; hierbei sind mindestens beispielhaft die Beratungsstellen nach § 23a des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder im Fall von Staatsangehörigen aus Drittstaaten mindestens beispielhaft die Beratungsstellen nach § 45b des Aufenthaltsgesetzes zu nennen und die jeweils aktuellen Kontaktdaten der erwähnten Beratungsdienste anzugeben.“

Artikel 7

Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch

Nach § 8 Absatz 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 2009 (BGBl. I S. 3710, 3973; 2011 I S. 363), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2759) geändert worden ist, wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Absatz 1 Nummer 2 gilt nicht für aufgrund der Beschäftigungsverordnung zugelassene kontingentierte kurzzeitige Beschäftigungen.“

Artikel 8

Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes

Das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2702) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 2 werden die Wörter „ihren Berufsqualifikationen entsprechende“ gestrichen.
2. In § 5 Absatz 6 und § 12 Absatz 6 werden jeweils die Sätze 1 und 2 wie folgt ersetzt:
 „Die Antragstellerin oder der Antragsteller hat durch geeignete Unterlagen darzulegen, im Inland eine Erwerbstätigkeit ausüben zu wollen. Geeignete Unterlagen sind beispielsweise der Nachweis einer Kontaktaufnahme mit potenziellen Arbeitgebern, ein Geschäftskonzept oder der Vermerk über eine Standortberatung der Zentralen Servicestelle Berufsanerkennung. Die Anerkennungsstelle darf nicht zwingend einen Vermerk über eine Standortberatung fordern, wenn durch andere Unterlagen die Erwerbsabsicht dargelegt wurde.“
3. § 19 wird wie folgt gefasst:

„§ 19

Ausschluss abweichenden Landesrechts

Von den in § 5 Absatz 1, 3 und 4, in § 6 Absatz 1 bis 3, 4 bis 5, in den §§ 7, 10, 12 Absatz 1 und 4, in § 13 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 bis 4 sowie in den §§ 14 und 15 Absatz 1, 2 und 3 Satz 1 getroffenen Regelungen des Verwaltungsverfahrens kann durch Landesrecht nicht abgewichen werden.“

Artikel 9

Änderung der Beschäftigungsverordnung

Die Beschäftigungsverordnung vom 6. Juni 2013 (BGBl. I S. 1499), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1325) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 9 Absatz 1 werden die Wörter „eine Blaue Karte EU oder“ gestrichen.
2. In § 32 Absatz 2 Nummer 3 werden die Wörter „§ 18b Absatz 2 Satz 1 und“ gestrichen und nach der Angabe „§ 18c Absatz 3“ werden die Wörter „und § 18g Absatz 1 Satz 1“ eingefügt.
3. In § 36 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „Im Fall des § 81a“ durch die Wörter „In den Fällen des § 18g Absatz 4 und des § 81a“ ersetzt.

Artikel 10

Änderung der Aufenthaltsverordnung

Die Aufenthaltsverordnung vom 25. November 2004 (BGBl. I S. 2945), die zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 20. August 2021 (BGBl. I S. 3682) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 30 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 30a Befreiung in Fällen gescheiterter langfristiger Mobilität nach der Richtlinie (EU) 2021/1883“.
 - b) Die Angabe zu § 59a wird wie folgt gefasst:
„§ 59a Hinweis auf Gewährung internationalen Schutzes bei Inhabern einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU“.
 - c) Nach der Angabe zu § 59a wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 59b Hinweis auf Gewährung internationalen Schutzes bei Inhabern einer Blauen Karte EU“.
2. Nach § 30 wird folgender § 30a eingefügt:

„§ 30a

Befreiung in Fällen gescheiterter langfristiger Mobilität nach der Richtlinie (EU)
2021/1883

Für die Einreise in das Bundesgebiet und einen anschließenden Aufenthalt von bis zu einem Monat sind Ausländer vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit, wenn

1. sie Inhaber einer Blauen Karte EU nach § 18g des Aufenthaltsgesetzes waren,

2. sie zu einem Zeitpunkt, als die Blaue Karte EU nach Nummer 1 noch gültig war, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union einen Antrag auf Erteilung einer Blauen Karte EU gestellt haben, den dieser Mitgliedstaat abgelehnt hat,
3. die Geltungsdauer der Blauen Karte EU nach Nummer 1 abgelaufen ist, während der Mitgliedstaat der Europäischen Union nach Nummer 2 den Antrag auf Erteilung einer Blauen Karte EU geprüft hat, und
4. der Mitgliedstaat der Europäischen Union nach Nummer 2 bei den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland ein Ersuchen auf Gestattung der Wiedereinreise des Ausländers in die Bundesrepublik Deutschland gestellt hat.

Satz 1 gilt entsprechend für die Familienangehörigen des Ausländers, wenn diese über einen Aufenthaltstitel als Familienangehörige dieses Ausländers verfügen und der Aufenthaltstitel erteilt wurde, während die Geltungsdauer der Blauen Karte EU nach Satz 1 Nummer 1 noch nicht abgelaufen war.“

3. § 39 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 7 wird die Zahl „18“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.
- b) Nach Nummer 7 wird folgende Nummer 7a eingefügt:

„7a. er seit mindestens sechs Monaten eine Blaue Karte EU besitzt, die von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellt wurde, wenn er unmittelbar vor der Erteilung dieser Blauen Karte EU Inhaber einer Blauen Karte EU war, die ein Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellt hatte, der nicht derjenige Mitgliedstaat der Europäischen Union ist, der die Blaue Karte EU ausgestellt hat, die der Ausländer besitzt. Gleiches gilt für seine Familienangehörigen, die im Besitz eines Aufenthaltstitels zum Familiennachzug sind, der von demselben Staat ausgestellt wurde wie die Blaue Karte EU des Ausländers. Die Anträge auf die Blaue Karte EU sowie auf die Aufenthaltserlaubnisse zum Familiennachzug sind innerhalb eines Monats nach Einreise in das Bundesgebiet zu stellen,“.

c) Nach Nummer 7a wird folgende Nummer 7b eingefügt:

„7b. die Voraussetzungen nach § 30a für die Wiedereinreise in das Bundesgebiet vorliegen. Die Anträge auf die Blaue Karte EU sowie auf die Aufenthaltserlaubnisse zum Familiennachzug sind innerhalb eines Monats nach Einreise in das Bundesgebiet zu stellen,“.

4. In § 59 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Bei Inhabern der Blauen Karte EU ist bei Erteilung der Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU im Feld für Anmerkungen „Ehem. Inh. der Blauen Karte EU“ einzutragen.“

5. In § 59a wird die Überschrift wie folgt gefasst:

„Hinweis auf Gewährung internationalen Schutzes bei Inhabern einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU“.

6. Nach § 59a wird folgender § 59b eingefügt:

„§ 59b

Hinweis auf Gewährung internationalen Schutzes bei Inhabern einer Blauen Karte EU

(1) Wird einem Ausländer, dem in der Bundesrepublik Deutschland die Rechtsstellung eines international Schutzberechtigten im Sinne von § 2 Absatz 13 des Aufenthaltsgesetzes zuerkannt wurde, eine Blaue Karte EU erteilt, so ist in dem Feld für Anmerkungen folgender Hinweis aufzunehmen: „Durch DEU am [Datum] internationaler Schutz gewährt“. Wurde dem Ausländer der internationale Schutz durch eine bestands- oder rechtskräftige Entscheidung aberkannt und bestehen die Voraussetzungen für die Erteilung einer Blauen Karte EU fort, so ist die Blaue Karte EU ohne den Hinweis nach Satz 1 erneut auszustellen.

(2) Wird einem Ausländer, dem ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union Schutz gewährt, eine Blaue Karte EU erteilt, so ist in dem Feld für Anmerkungen der Blauen Karte EU folgender Hinweis aufzunehmen: „Durch [Abkürzung des Mitgliedstaates] am [Datum] internationaler Schutz gewährt“. Vor Aufnahme des Hinweises ist der betreffende Mitgliedstaat in dem Verfahren nach § 91f Absatz 8 des Aufenthaltsgesetzes um Auskunft darüber zu ersuchen, ob der Ausländer dort weiterhin internationalen Schutz genießt. Wurde der internationale Schutz in dem anderen Mitgliedstaat durch eine rechtskräftige Entscheidung aberkannt, wird der Hinweis nach Satz 1 nicht aufgenommen.

(3) Ist ein Ausländer im Besitz einer Blauen Karte EU, die den Hinweis nach Absatz 2 Satz 1 enthält, und ist die Verantwortung für den internationalen Schutz im Sinne von § 2 Absatz 13 des Aufenthaltsgesetzes nach Maßgabe der einschlägigen Rechtsvorschriften auf die Bundesrepublik Deutschland übergegangen, so ist der Hinweis durch den in Absatz 1 Satz 1 genannten Hinweis zu ersetzen. Die Aufnahme dieses Hinweises hat spätestens drei Monate nach Übergang der Verantwortung auf die Bundesrepublik Deutschland zu erfolgen.“

Artikel 11

Änderung der AZRG-Durchführungsverordnung

In der Anlage der AZRG-Durchführungsverordnung vom 17. Mai 1995 (BGBl. I. S. 695), die zuletzt durch [...] geändert worden ist, werden in Abschnitt I Allgemeiner Datenbestand Nummer 10 Spalte A und B Buchstabe b die Doppelbuchstaben aa bis gg wie folgt gefasst:

„b) Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach		
aa) § 18a AufenthG (Fachkraft mit Berufsausbildung)		(2)*
erteilt am		

	befristet bis		
bb)	§ 18b AufenthG (Fachkraft mit akademischer Ausbildung)	(2)*	
	erteilt am		
	befristet bis		
cc)	§ 18d Absatz 1 AufenthG (Forscher)	(2)*	
	erteilt am		
	befristet bis		
dd)	§ 18d Absatz 6 AufenthG (in einem anderen Mitgliedstaat als international Schutz- berechtigte anerkannte Forscher)	(2)*	
	erteilt am		
	befristet bis		
ee)	§ 18f Absatz 1 AufenthG (mobile Forscher)	(2)*	
	erteilt am		
	befristet bis		
ff)	§ 18g AufenthG (Blaue Karte EU)		
	aaa) § 18g Absatz 1 Satz 1 AufenthG (Regelberufe)	(2)*	
	erteilt am		
	befristet bis		
	bbb) § 18g Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 Auf- enthG (Mangelberufe)	(2)*	

	erteilt am		
	befristet bis		
ccc)	§ 18g Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 AufenthG (Berufsanfänger)	(2)*	
	erteilt am		
	befristet bis		
ddd)	§ 18g Absatz 2 AufenthG (IT-Spezialisten)	(2)*	
	erteilt am		
	befristet bis		
gg)	§ 18g i.V.m. § 18i AufenthG (Blaue Karte EU mit Voraufenthalt in [Staatsangehörigkeitsschlüssel des EU-Mitgliedstaates])	(2)*	
	erteilt am		
	befristet bis		“

Artikel 12

Änderung der Beitragsverfahrensverordnung

§ 8 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 der Beitragsverfahrensverordnung vom 3. Mai 2006 (BGBl. I S. 1138), die zuletzt durch Artikel 29 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2759) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

- „2. die Arbeitserlaubnis oder der Aufenthaltstitel nach § 15d der Beschäftigungsverordnung,“.

Artikel 13

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am ... [\[einsetzen: Datum des ersten Tages des vierten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats\]](#) in Kraft.

(2) Artikel 1, Artikel 9, Artikel 10 und Artikel 11 treten am Tag nach der Verkündung, frühestens jedoch am 18. November 2023 in Kraft. Abweichend hiervon tritt Artikel 1 Nummer 17 am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(3) Artikel 3 und Artikel 6 treten am 1. Januar 2026 in Kraft.